

31. Mai

4 / 2018

www.landtag-mv.de



**Tag der offenen Tür
im Landtag**

Sonntag, 17. Juni, ab 10 Uhr

+++ Dialog statt Russland-Sanktionen +++ NSU-Untersuchungsausschuss beschlossen +++ Bericht Petitionsausschuss
+++ Straßenausbau-Beiträge +++ Parlamentsforum Südliche Ostsee +++ Heiraten im Schweriner Schloss +++
Erfolgsgeschichte Schlossbienen +++ Auf dem Weg zum UNESCO-Welterbe +++ GEWINNSPIEL +++



Foto (Uwe Sinnecker): Blick auf das Schweriner Schloss von der Stadtseite

3	Gastkolumne	Bernd Mosebach (ZDF-Landesstudio M-V) kommentiert die Einsetzung des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der NSU-Aktivitäten in M-V.
4 – 15	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	Aktuelle Stunde	„Die Partnerschaft zwischen dem Leningrader Gebiet und Mecklenburg-Vorpommern auch in schwierigen Zeiten weiter pflegen und verstärken“
6 – 13	Berichte	Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der NSU-Aktivitäten in M-V Tätigkeitsbericht 2017 des Petitionsausschusses Jahresbericht 2017 der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR Jahresbericht 2017 des Bürgerbeauftragten M-V Anliegerbeteiligung beim Straßenausbau UN-Behindertenrechtskonvention
14	Weitere Beschlüsse	Anpassung der Landesverfassung und weiterer gesetzlicher Regelungen an EU-Datenschutz-Richtlinien Gedenktag für die Opfer des SED-Unrechts? Bestattungskultur in Mecklenburg-Vorpommern Einrichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz? Nachwahl eines Schriftführers
15	Gesetzgebung	Laufende und abgeschlossene Gesetzgebung
16 – 21	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Energieausschuss:</i> Expertengespräch zum Netzausbau <i>Wirtschaftsausschuss:</i> Expertengespräch zur Förderung des Kinder- und Jugendtourismus <i>Agrarausschuss:</i> Informationsfahrt zur Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei <i>Bildungsausschuss:</i> Expertengespräch zum 200. Todestag von Sophie Charlotte Herzogin zu Mecklenburg-Strelitz <i>Innen- und Europaausschuss:</i> Internationale Sicherheitskonferenz „Danziger Gespräche“ <i>Internationales:</i> „Gemeinsam stark“ – 16. Parlamentsforum „Südliche Ostsee“ <i>Petitionsausschuss:</i> Vor Ort in der Friedländer Großen Wiese
22 – 27	PANORAMA	Heiraten im Schloss Erfolgsgeschichte Schlossbienen Auf dem Weg zum UNESCO-Welterbe Vorschau: „Tag der offenen Tür“ im Landtag am 17. Juni

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten. Redaktionsschluss 09. 05. 2018

Nun also doch



Foto: ZDF/Rico Rossival

Bernd Mosebach ist Leiter des ZDF-Landesstudios Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin.

■ Februar 2018. Zwei Bänke aus Beton, schneebedeckt, zu kalt, um sich zu setzen. 150 Menschen sind gekommen zur Gedenkstunde im Neudierkower Weg in Rostock. Am 25. Februar 2004 stand hier ein Imbisswagen, in dem der 25-jährige Türke Mehmet Turgut erschossen wurde. Der Mord wird dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) zugeordnet. Die Betonbänke und eine Gedenktafel in Rostock sollen, wie andere Mahnmale auch, gegen das Vergessen stehen und dazu beitragen, dass sich die Tragödien nicht wiederholen: Erinnern, Gedenken, Mahnen, Aufklären, Lehren ziehen.

nenminister Lorenz Caffier, der einerseits eingesteht, dass das Zusammenwirken der Bundes- und Landesbehörden beim NSU-Komplex „kein Ruhmesblatt“ war, nimmt andererseits für sich und seine Leute in Anspruch, umfassend ermittelt und aus Fehlern die „richtigen Schlüsse“ gezogen zu haben. Peter Ritter von der Linksfraktion behauptet das Gegenteil: Die zuständigen Behörden hätten nur unzureichend ermittelt, besonders mögliche Unterstützerstrukturen seien nicht ausreichend aufgeklärt worden.

DIE LINKE wollte den Untersuchungsausschuss unbedingt, die CDU hielt ihn

von denen, die sich angegriffen sehen, verhöhnt von denen, die immer schon gewusst haben, dass nichts rauskommt, misstrauisch beäugt vom Steuerzahler wegen der hohen Kosten. Und am Ende werden die Ergebnisse gerade so interpretiert, wie es passt.

Dennoch: Der Schweriner NSU-Untersuchungsausschuss macht Sinn, denn er bietet gleich drei Chancen: Erstens könnte seine Arbeit Hintergründe aufklären, Unterstützer ermitteln, Strukturen aufdecken, um so dafür zu sorgen, dass den potenziellen Unterstützern zumindest künftig der Nährboden entzogen wird. Zweitens könnte die Ermittlungsarbeit auf verschiedenen Ebenen durchleuchtet werden, damit solche skandalösen Aufklärungsspannen nicht wieder passieren. Und drittens haben die Angehörigen der Opfer das Recht darauf, möglichst viel über die Umstände der Morde zu erfahren und ernstgenommen zu werden, was die Öffentlichkeit und die Dauer eines Untersuchungsausschusses ermöglicht.

Zu spät für mehr Aufklärung? Mitnichten. Ob am Ende auch was rauskommt? Den Versuch zumindest ist es wert.

Bernd Mosebach

„ Der Schweriner NSU-Untersuchungsausschuss macht Sinn. “

Mehmet Turgut musste sterben. Aber warum? Warum ausgerechnet er? Wer hat ihn erschossen? Wer hat die Täter unterstützt? Gab es ein Netzwerk, das möglicherweise immer noch existiert? Wurden die Ermittlungen sorgfältig und umfassend durchgeführt?

Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss soll nun aufklären, wie aktiv der NSU in Mecklenburg-Vorpommern war, wer ihn unterstützt hat und wie die Arbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Verfassungsschutz zu bewerten ist. 14 Jahre nach dem Mord an Mehmet Turgut, sechseinhalb Jahre nach dem Aufliegen des NSU und fünf Jahre nach dem Beginn des Prozesses gegen Beate Zschäpe & Co.

Der Landtag hat entschieden. Nun also doch. Denn das Hin und Her war am Ende nur noch schwer zu vermitteln: In-

für überflüssig. Die SPD rang sich durch, einen maßgeblich von der Linken erarbeiteten Entwurf zur Einsetzung eines U-Ausschusses zu unterstützen; die dabei offenbar übergangene CDU zeigte sich verärgert und verweigerte noch im März dieses Jahres ihre Zustimmung. Die AfD war immer schon gegen einen U-Ausschuss, weil das Thema andernorts bereits bis ins Detail durchleuchtet worden sei, und enthielt sich am Ende bei der Abstimmung im Landtag der Stimme. Die AfD-Abspaltung BMV stimmte dagegen mehrheitlich dafür, ebenso am Ende SPD, CDU und Linke.

Macht das Sinn? Untersuchungsausschüsse, in welchem deutschen Parlament auch immer, waren stets hochumstritten: Ein politisches Schwert der Opposition, das doch vielfach parteipolitisch missbraucht wurde. Verachtet



Jochen Schulte (SPD)



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD)



Christoph Grimm (AfD)

Dialog statt Sanktionen

Landtag plädiert für Ende der Handelsbeschränkungen gegen Russland

■ Regionale Wirtschaftsinteressen contra Außenpolitik – Mecklenburg-Vorpommern steht auch in schwierigen Zeiten zu Russland. Krimkrise, Ukraine-Konflikt, Syrienkrieg: Außenpolitisch betrachtet steht das Land seit Langem in der Kritik. National wie international. Als Reaktion auf die Krim-Annexion hat die EU 2014 Handelsbeschränkungen gegen Russland erlassen. Auch im Zusammenhang mit seinem Agieren in der Ukraine wurden Sanktionen verhängt. Dem gegenüber stehen langjährige, teils historisch gewachsene Wirtschaftsbeziehungen zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Russland, die ungeachtet aller Kritik von einem intensiven Miteinander geprägt sind – und auch künftig gepflegt und ausgebaut werden sollen. Darüber bestand in der **Aktuellen Stunde** fraktionsübergreifend Einigkeit. Die SPD hatte ihr Themenwahlrecht genutzt, um trotz angespannter internationaler Lage für einen Dialog mit Russland zu werben. Dabei sprachen sich alle Fraktionen für ein Ende der Sanktionen gegen Russland aus.

„Die Menschen, auch in Mecklenburg-Vorpommern, haben Angst vor dem Säbelgerassel“, führte **Jochen Schulte** (SPD) mit Blick auf das verbale Aufrüsten zwischen den USA und Russland an. Umso nötiger sei es jetzt, den Dialog mit Russland zu suchen. „Sanktionen und kriegerische Auseinandersetzungen haben noch nie dazu beigetragen, dass Menschen vernünftig miteinander auskommen.“ Die Sanktionen der EU seien 2014 zwar aus guten Gründen erfolgt, hätten ihr Ziel, „die russische Staatsführung zu treffen“, jedoch verfehlt. „Wir können Lebensmittel nur in begrenztem Maße nach Russland exportieren, aber auf der anderen Seite werden Finanzgeschäfte von russischen Oligarchen auch mal wieder von der Sanktionsliste genommen.“ Da stelle sich doch die Frage nach der Sinnhaftigkeit dieser Sanktionspolitik – von der letztlich auch Mecklenburg-Vorpommern betroffen sei. Im Ergebnis habe sich das Russland-Geschäft 2016 nahezu halbiert; von 1,1 Milliarden Euro auf 642 Millionen. Dank

anhaltender Gespräche mit den russischen Partnern seien die Exporte und Importe 2017 wieder auf rund eine Milliarde Euro gestiegen. Daran zeige sich, „Gespräche und ein Miteinander sind das eigentliche Mittel“, um voranzukommen. Das Land sei für diesen Weg häufig kritisiert worden, werde aber auch in Zukunft daran festhalten und sich für ein Ende der Sanktionen und Gegensanktionen zwischen Europa und Russland starkmachen.

Auch sie spüre die Sorge der Menschen und deren Wunsch nach einer „guten Partnerschaft“ mit Russland, betonte Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig**. „Darauf wurde ich in den letzten Tagen und Wochen ganz intensiv angesprochen.“ Wie gut Partnerschaften seien, zeige sich besonders in schwierigen Zeiten. „Deshalb müssen wir gerade jetzt weiter im Dialog mit Russland bleiben.“ Sie sei davon überzeugt, dass sich „viele große internationale Konflikte“ nur gemeinsam lösen ließen. „Das heißt

nicht, dass wir naiv sind.“ Auch die Landesregierung sei „nicht mit allem einverstanden“, wie Russland agiere, und spreche das auch kritisch an, so Schwesig. Das stelle aber nicht automatisch den Dialog infrage. Trotz Sanktionen sei Russland der drittgrößte Handelspartner Mecklenburg-Vorpommerns. „Wir haben viele Unternehmen in der Hafenvirtschaft und Logistik, die zusammenarbeiten“ – und damit Arbeitsplätze sichern. Auch vor diesem Hintergrund sei es wichtig, Sanktionen schrittweise abzubauen und die wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit insbesondere mit dem Lenin-Grader Gebiet zu vertiefen. Zum Beispiel mit dem 3. Russlandtag im Oktober in Rostock und mit Delegationsreisen. Die Nord-Stream-Pipeline sei ebenfalls ein wichtiges und „gutes Projekt“. Natürlich könne Mecklenburg-Vorpommern keine internationalen Konflikte lösen. „Aber wir können unseren Beitrag leisten, in guter Partnerschaft zu bleiben. Das wird die Landesregierung tun. Dafür werde ich mich ganz persönlich einsetzen.“

„Mir geht jedes Mal ein Stück weit das Herz auf, wenn wir mit Ihnen doch mal wieder Schnittmengen finden“, sagte **Christoph Grimm** (AfD). „Die Aufhebung der Russlandsanktionen ist von eminenter Bedeutung für das Wohlergehen unseres Bundeslandes.“ Er wisse, dass sich die Landesregierung hier „nach Kräften bemühe“. Gebracht habe das bislang aber leider nichts. „Aber Sie haben auch starke Gegner, und die sitzen nicht hier. Die sitzen in Berlin.“ So lange Berlin und Schwerin „komplett



Vincent Kokert (CDU)



Karsten Kolbe (DIE LINKE)



Bernhard Wildt (BMV)

Fotos: Uwe Sinnecker

entgegengesetzt“ handeln, blieben alle Bemühungen lediglich „gut gemeint“. „Es mag eine Binsenweisheit sein, aber: Man kann nicht aufeinander zugehen und ernsthaft friedlich miteinander zusammenarbeiten wollen, wenn man den anderen immer und immer wieder vor den Kopf stößt.“ Ebenso wenig Sinn mache es, „unerfüllbare Forderungen“ zu erheben. „Das aber tun Sie! Der einzige Effekt, den Sie dabei erzielen, ist, zu sagen: Wir haben alles versucht, aber leider hat es nicht funktioniert.“ Grimm appellierte dennoch „dringend“ an die Landesregierung, ihre Bemühungen fortzusetzen. „Sollten Sie bei dieser Aufgabe Unterstützung brauchen: Wir von der Alternative für Deutschland stehen dafür bereit!“

Den Dialog mit Russland fortzusetzen, hält auch **Vincent Kokert**, Fraktionschef der CDU, für einen „politisch klugen“ und richtigen Weg“. Das schließe jedoch auch ein, zu zeigen, dass man mit den Entscheidungen der russischen Administration nicht einverstanden sei. „Wir sollten den Mut haben, das der russischen Administration ganz klar zu sagen!“ Im Konglomerat aus wirtschaftlichen Interessen des Landes und der Außenpolitik des Bundes stehe Mecklenburg-Vorpommern „irgendwo dazwischen“ und trage eine besondere Verantwortung. Er mahnte jedoch auch, die Debatte nicht zu „einseitig“ in Richtung Russland zu führen. „Wir haben die verfassungsrechtliche Pflicht, uns mit allen Partnern im Ostseeraum auseinanderzusetzen.“ Das komme ihm jedoch zu kurz. „In Polen beobachtet man sehr genau, welche Zusammenarbeit wir mit Russland forcieren.“ Als er kürzlich in Stettin gewesen sei, habe der Konsul sofort gefragt, warum es keinen Polnischen Tag in Mecklenburg-Vorpommern gebe. „Wenn Sie sich unsere

Außenhandelsdaten ansehen, werden Sie feststellen, es sind immer zwei Länder, die sich auf Platz eins abwechseln: Niederlande und Polen. Ich finde schon, dass wir da die Partnerschaft intensivieren können.“ Dafür reiche es nicht, nur „Schönwetterreden“ zu halten. „Wir müssen an jeder Stelle, an der wir politische oder gesellschaftliche Verantwortung tragen, zum Dialog beizutragen.“

Die Sanktionspolitik gegen Russland habe nichts gebracht, außer „ein klassisches Eigentor“, resümierte **Karsten Kolbe** (DIE LINKE). Die wirtschaftlichen Nachteile treffen auch M-V sehr hart. Darüber könne der wieder gestiegene Warenaustausch nicht hinwegtäuschen. „Meine Fraktion wird deshalb einen Kurs, der auf Vernunft basiert und Dialog auf Augenhöhe führt, weiterhin unterstützen.“ Ebenso wie den Bau der Nord-Stream-Pipeline. Natürlich könne er „mit Blick auf die historischen Erfahrungen“ die Bedenken Polens oder des Baltikums nachvollziehen. Die Angst vor einer „Importabhängigkeit“ halte er jedoch für unbegründet. „Russland ist vom Export der Energieträger genauso abhängig wie Europa von deren Import.“ Kolbe stellte klar, dass Wladimir Putin „bestimmt kein Heiliger“ sei. „Er vertritt knallharte russische Interessen, und Grenzüberschreitungen müssen wir ganz klar kritisieren.“ Auf Seiten der USA sehe das aber nicht anders aus. „Ich habe allerdings den Eindruck, dass der russische Präsident gegenwärtig doch weitaus besonnener reagiert als sein twitterndes Pendant im Weißen Haus“, sagte Kolbe unter Verweis auf den US-Raketenangriff auf Syrien. „Nicht gegen Russland, sondern nur mit Russland wird es möglich sein, diese und andere internationale Konflikte zu lösen.“ Und dazu brauche es keine „Kraftmeierei“, sondern einen Dialog.

Handelssanktionen helfen keinem weiter, konstatierte **Bernhard Wildt**, Fraktionsvorsitzender der BMV. „Sie treffen einen automatisch selbst“ und verfehlten nur allzu häufig ihr eigentliches Ziel. So auch in diesem Fall: „Die Krim ist immer noch besetzt, die Konflikte in der Ostukraine sind immer noch nicht beigelegt, und von ganz anderen Konflikten möchte ich gar nicht sprechen.“ Aus einmal verhängten Sanktionen komme man kaum „gesichtswahrend“ wieder heraus. Die viel bessere Strategie sei „Wandel durch Annäherung“. „Das ist eine Entspannungspolitik, die in den 70er- und 80er-Jahren äußerst erfolgreich war.“ Er warnte aber vor einem „deutschen Sonderweg“ und betonte, dass Deutschland – und damit auch Mecklenburg-Vorpommern – „Bestandteil des Bündnisses westlicher Demokratien“ sei. Daraus ergäben sich auch Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten. Zu denen müsse sich das Land bekennen. „Das möchte ich allen Russlandfreunden ins Stammbuch schreiben.“ Das schließe nicht aus, Gespräche zu führen und regionale Zusammenarbeit zu stärken. „Man muss aber immer ganz klar sagen, wo man steht, und darf daran keinen Zweifel lassen.“



Im Verlauf der Aktuellen Stunde meldeten sich weitere Redner zu Wort. Die vollständige Debatte können Sie auf der Website des Landtages nachlesen (Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle) oder auf dem YouTube-Kanal anschauen. www.landtag-mv.de



Foto: Landtag M-V

Am 24. Mai konstituierte sich der Parlamentarische Untersuchungsausschuss des Landtages zu den NSU-Aktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern. v.l. Karen Larisch (DIE LINKE), Prof. Dr. Ralph Weber (AfD), Ralf Mucha (SPD), Dirk Friedriszik (SPD), Peter Ritter (DIE LINKE), Bert Obereiner (AfD), Susann Wippermann (SPD), Vorsitzende Ann Christin von Allwörden (CDU), Torsten Renz (CDU), Rainer Albrecht (SPD), Dr. Matthias Manthei (BMV). Der NSU-Unterausschuss wurde aufgelöst.

Der NSU bleibt im Fokus

Landtag setzt Untersuchungsausschuss ein

■ **Wie aktiv war der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) in Mecklenburg-Vorpommern? Hatte er hier Unterstützer? Was wussten die Sicherheitsbehörden im Land über die rechtsextremistische Terrorzelle? Fragen wie diesen geht jetzt ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss nach. Er löst auf Antrag von SPD, CDU, DIE LINKE und BMV den vor einem Jahr im Innenausschuss gebildeten Unterausschuss ab. Dieser war aufgrund fehlender rechtlicher Befugnisse, etwa zur Einsicht der Ermittlungsakten zum laufenden NSU-Prozess gegen Beate Zschäpe und vier Mitangeklagte, bei der Aufklärungsarbeit an seine Grenzen gestoßen. Die AfD hält den Untersuchungsausschuss für Geldverschwendung und enthielt sich der Stimme.**

„Vor einem Jahr haben wir den Innenausschuss beauftragt, einen Unterausschuss zur Untersuchung der NSU-Aktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern einzusetzen“, blickte **Susann**

Wippermann, die den Unterausschuss leitete, zurück. „Im Laufe unserer Tätigkeit hat sich jedoch gezeigt, dass wir unserem selbst gestellten Ziel mit diesem Konstrukt nicht nachkommen können.“ Der Ausschuss habe zwar knapp 9.000 Berichtsseiten durchgearbeitet und zahlreiche NSU-Experten angehört,

aber keine Einsicht in Dokumente aus dem laufenden NSU-Verfahren nehmen können. „Die Hoheit über die aus Mecklenburg-Vorpommern zu Verfügung gestellten Akten hat der Generalbundesanwalt.“ Dieser habe den Zugriff verwehrt, weil es sich nicht um einen Untersuchungsausschuss gehandelt habe. In der Konsequenz seien „wesentliche Fragen“ offen geblieben – nicht nur in Bezug auf den NSU und mögliche Unterstützer, sondern auch zur Arbeit der Ermittlungsbehörden. „Durch die



Foto: Jens Büttner

Diese Gedenktafel im Rostocker Stadtteil Toitenwinkel erinnert daran, dass hier 2004 der aus der Türkei stammende Mehmet Turgut mutmaßlich von Mitgliedern des NSU ermordet wurde.

Umwandlung des Ausschusses werden uns nun mehr rechtliche Möglichkeiten zuteil, die wir dringend benötigen, um unsere Aufklärungsarbeit fortzusetzen.“ Das sei Mecklenburg-Vorpommern den Opfern des NSU schuldig.

„Welch ein Riesenskandal!“, kommentierte **Christoph Grimm** (AfD) den Antrag. Seine Fraktion habe von Anfang an vor den eingeschränkten Befugnissen eines Unterausschusses gewarnt. „Aber Sie wollten nicht auf uns hören.“ Dieser „kapitale Fehler“ habe 13 Monate Zeit und 300.000 Euro Steuergelder gekostet. „Alle dafür verantwortlichen Politiker sollten sich heute fürchterlich dafür schämen!“ Doch anstatt „nun Ruhe zu geben“, folge mit dem Untersuchungsausschuss „der nächste teure Skandal“. Dabei sei „noch nicht einmal rechtskräftig nachgewiesen“, dass es den NSU-Komplex „in seiner angeklagten Form überhaupt gab“. Er bezweifle, dass der Ausschuss neue Erkenntnisse hervorbringen werde, und deutete auf „andere Mächte, die bisher alles erfolgreich verdunkeln und vertuschen konnten, was ihnen zur Last werden könnte“. Grimm warf den anderen Fraktionen vor, „aus dem Vorgang NSU möglichst viel politisches Kapital“ schlagen zu wollen. „Ihnen geht es nicht um die Sache.“ Ansonsten wäre seine Fraktion in den Antrag mit einbezogen worden. Diese „fortwährende Ausgrenzungspolitik“ sei „undemokratisch, unfair und populistisch“.

„Mit dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss kommen die Koalitionsparteien ihrer Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag nach, alles Erfor-

derliche zur Aufklärung der NSU-Aktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern zu unternehmen“, entgegnete **Ann Christin von Allwörden** (CDU). Sie bedauerte, dass der Unterausschuss das letztlich nicht leisten können. „Alle in ihm beteiligten Personen wollten konstruktiv an dem Thema arbeiten. Die rechtlichen Hürden machten dies aber einfach zu schwer.“ Deshalb hätten sich die Koalitionsfraktionen mit den Linken und der BMV auf den Ersetzungsantrag verständigt. Der Untersuchungsausschuss wolle nicht nur die in Mecklenburg-Vorpommern verübten Straftaten des NSU untersuchen und sich ein Gesamtbild zum Umfeld und zu potenziellen Unterstützern der Terrorgruppe in Mecklenburg-Vorpommern verschaffen. Er werde auch „die politischen Entscheidungen“ in Bezug auf Ausstattung und Struktur der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden in den Blick nehmen. „Aufgrund der Vielzahl von Akten sehe ich da ein erhebliches Stück Arbeit auf uns zukommen. Aber davor scheuen wir uns nicht.“

Peter Ritter (DIE LINKE) sprach von einem „längst überfälligen Schritt“. Aus Verantwortung gegenüber den Opfern und Hinterbliebenen. Und um bei der Aufklärung nicht weiter „im Kreis zu laufen“. „Hier geht es um die Ermordung von zehn Menschen“ und um ein „zweifelhafte Agieren staatlicher Behörden“. Der NSU habe viele Fäden nach Mecklenburg-Vorpommern gesponnen. „Das war nicht nur der Mord an Mehmet Turgut. Das waren auch nicht nur die Banküberfälle in Stralsund.“ Dazu gehörten auch „Puzzlestücke“ wie „Der weiße Wolf“ oder eine NSU-CD. „Wir wissen

nicht, ob dies alle Puzzlestücke sind und wie sie zusammengehören.“ Das müsse – ebenso wie das Wissen und Handeln von Behörden – jetzt untersucht werden. „Der NSU ist ja nicht vom Himmel gefallen. Er ist gewachsen, auch hier.“ Maßstab der Aufarbeitung seien für ihn „die Fragen und Interessen der Angehörigen, nicht die Sicherheitsinteressen einer Behörde oder eines Ministeriums“. „Die Landesregierung wird ihre mehrfach betonte Unterstützungsbereitschaft hier bald unter Beweis stellen können.“

Mecklenburg-Vorpommern sei gut beraten, seinen „Sonderweg“ mit einem Unterausschuss aufzugeben und bei der Aufarbeitung des NSU-Komplexes keine „halben Sachen“ mehr zu machen, sagte auch **Dr. Matthias Manthei** (BMV). „Damit machen wir klar, dass wir den Kampf gegen Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus ernst nehmen.“ Dabei gehe es nicht nur um „reine Faktenaufklärung“ zu den Geschehnissen. Maßgeblich sei auch, Erkenntnisse für die Zukunft zu gewinnen: Muss die Sicherheitsstruktur des Landes verbessert werden? Wenn ja, wie? Und wie lässt sich verhindern, dass es so etwas wie den NSU wieder geben könnte? „Auch deshalb ist dieser Untersuchungsausschuss wichtig.“ Mit ihm ließen sich Zeugen vernehmen, Akteneinsicht verlangen und Sachverständige beauftragen. Dass die Taten 14 Jahre zurückliegen und die „Anspruchsgegner“ Landesbehörden seien, werde die Aufarbeitung aber nicht einfacher machen.

*Antrag SPD, CDU, DIE LINKE, BMV
Drucksache 7/2000*

NSU und Mecklenburg-Vorpommern

Der sogenannte Nationalsozialistische Untergrund (NSU) weist in seinem Agieren mehrere Bezüge zu Mecklenburg-Vorpommern auf. So erfolgte 2004 in Rostock der fünfte von insgesamt zehn Mordanschlägen, die dem NSU zugerechnet werden. In Stralsund wurden 2006 und 2007 mutmaßlich von NSU-Mitgliedern Banküberfälle verübt. In dem Münchener Gerichtsprozess, bei dem seit Mai 2013 die NSU-Mordserie verhandelt wird, präsentierten Polizei-

beamte auch Stadtpläne für Rostock, Greifswald, Schwerin und Wismar, die in der ausgebrannten Zwickauer Wohnung des NSU-Trios Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe gefunden worden waren. Als Zeuge wurde 2016 auch der damalige NPD-Landtagsabgeordnete David Petereit gehört, der zugab, 2002 in der von ihm herausgegebenen Szenezeitschrift „Der weiße Wolf“ einen Dankestext an den NSU verfasst und veröffentlicht zu haben.

Der Landtag hatte im März 2017 den Innenausschuss mit der Untersuchung der NSU-Aktivitäten in M-V beauftragt, der hierfür einen Unterausschuss gebildet hatte. Im Zuge der Arbeit hatte sich jedoch gezeigt, dass nur ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss die erforderlichen Befugnisse hat, Ermittlungsunterlagen von staatlichen Behörden einzusehen und Zeugen zu befragen.

728 Bitten und Beschwerden

Petitionsausschuss stellt Jahresbericht 2017 vor

■ War es rechtens, dass eine Reisegruppe im Ostseebad Ahlbeck insgesamt 150 Euro Kurtaxe zahlen musste, obwohl sie auf ihrer Inselrundfahrt nur 30 Minuten auf der Seebrücke verweilte? Darf aus einer alten Datsche ein energieeffizientes Ferienhaus werden? Das sind nur zwei von 728 Anliegen, mit denen sich im vergangenen Jahr insgesamt 12.216 Bürger an den Petitionsausschuss des Landtages gewandt haben. In 15 Fällen schlossen sie sich dabei zu Sammel- oder Massenpetitionen zusammen. Die größte Sammelpetition umfasste 6.258 Unterschriften und kämpfte um eine langfristige Finanzierung der Schulsozialarbeit. 4.375 Unterstützer fand eine Initiative gegen die Vermehrung freilaufender Katzen.

Manfred Dachner, Ausschussvorsitzender, nannte es „wunderbar“, dass so viele Menschen von ihrem Grundrecht Gebrauch machten und sich damit aktiv an den politischen Entwicklungen des Landes beteiligten. Dabei habe sich der Trend fortgesetzt, sich zu Sammel- oder Massenpetitionen zusammenzuschließen. Im Ergebnis habe der Ausschuss 43 Petitionen ganz im Sinne der Petenten abschließen können. „Bei 109 konnten wir zumindest Kompromisse erzielen.“ Dabei sei der Ausschuss immer auch auf



Foto: uwe sinnecker

Der Petitionsausschuss des Landtages: v.l. Nils Saemann (SPD), Karen Larisch (DIE LINKE), Christiane Berg (CDU), Dirk Stamer (SPD), Stephan J. Reuken (AfD), Vorsitzender Manfred Dachner (SPD), Jens-Holger Schneider (AfD), Maika Friemann-Jennert (CDU), Eva-Maria Kröger (DIE LINKE), Christel Weißig (BMV), Christian Brade (SPD)

Lösungsvorschläge von Behörden und Verwaltungen angewiesen. In vielen Einzelfällen gelinge das hervorragend. In der Gesamtschau könnten es jedoch noch „wesentlich mehr“ sein. „Es gibt immer noch die Tendenz: Was Verwaltungen einmal entschieden haben, ist immer richtig.“ Er habe sich in den sieben Jahren seiner Ausschussarbeit von Verwaltungen „schon so einiges anhören müssen, wie sie Interessen der Bürger nicht erfüllen wollen“. In solchen Fällen werde der Ausschuss künftig „eine andere Gangart“ einlegen.

„Kommunikation ist das Fundament einer modernen Demokratie. Wer nicht kommuniziert, kann nicht urteilen“, knüpfte **Stephan J. Reuken** (AfD) an. Die Folge seien ungerechte oder falsche Entscheidungen. Er betonte, dass die Bürger mit ihren Hinweisen Probleme aufs Tableau bringen, die sonst weniger Beachtung fänden. Das Themenspektrum sei auch diesmal weit gestreut gewesen. „Es reichte von Schulsozialarbeit und Katzenkastration über den unbeliebten Rundfunkbeitrag, Kurabgaben und Straßenausbaubeiträge bis

hin zum wohl gravierendsten Bürgerproblem des Landes: In stolzen 338 Petitionen beschwerten sich Bürger über die geplante Errichtung von Windenergieanlagen.“ Zahlen wie diese machten deutlich, bei welchen Themen „Bevölkerung und Landesregierung wohl am weitesten auseinander liegen“. Das Engagement für die Schulsozialarbeit beispielsweise zeigt jedoch auch, „dass Petitionen etwas bewegen können“.

„Der Petitionsausschuss ist der direkte Weg ins Parlament – und zwar für jeden Bürger“, hob **Christiane Berg** (CDU) hervor. „So ist es in Artikel 10 unserer Landesverfassung festgeschrieben.“ Dabei spiele es keine Rolle, ob es sich um einen individuell empfundenen Nachteil oder einen allgemeinen politischen Sachverhalt handele. „Wir, die Mitglieder des Petitionsausschusses, nehmen uns der Anliegen an, ohne Partei zu ergreifen.“ Das bringe der Bericht auch gut zum Ausdruck. „Er ist lesenswert und interessant“ und sollte der Landesregierung „einen Anstoß zum Nachdenken geben“. Nicht nur die Themen, auch die regionale Verteilung sei „aufschluss-

Viel Arbeit für den Bürgerbeauftragten

Den Bürgerbeauftragten des Landes erreichten im vergangenen Jahr so viele Eingaben und Anfragen wie schon seit Jahren nicht mehr. In 1.727 Fällen suchten Menschen Hilfe bei ihm und seinem Team. Hinzu kommen noch 1.145 mündliche Anliegen. Die Zuwächse erklären sich laut Jahresbericht insbesondere aus dem Anstieg bei sozialen Themen, vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. „Knapp die Hälfte aller Eingaben hatte einen sozialen

Schwerpunkt“, sagte **Matthias Crone** in seiner Zusammenfassung für das Jahr 2017. Eine Vielzahl von Beschwerden habe sich auch auf Straßenausbaubau- und Anschlussbeiträge bezogen. Ein großer Themenkomplex seien zudem die Belange von Menschen mit Behinderungen gewesen. „Hier wurde zu oft deutlich, dass das Bewusstsein für die grundlegenden Teilhabe-Rechte bei manchen Entscheidern noch unterentwickelt ist“, bemängelte der Bürger-

beauftragte. Missstände oder rechtswidrige Zustände zu benennen, sei das eine. „Entscheidend ist dann aber, wie damit umgegangen wird.“ Hier wünsche er sich manchmal „durchgreifenderes“ Handeln der Verwaltung, damit Bürger auch ohne gerichtliche Hilfe zur ihrem Recht kämen.

Unterrichtung des Bürgerbeauftragten Drucksache 7/1956



Foto: uwe Sinnecker

Manfred Dachner, Vorsitzender des Petitionsausschusses, berichtet im Landtag über die Arbeit des Gremiums im Jahr 2017.

reich“. Eine große Rolle spielten „regionale Identitäten und das Gefühl, nicht mehr Herr über Belange vor der eigenen Haustür zu sein“, zum Beispiel bei den geplanten Windkraftanlagen in der Friedländer Großen Wiese.

„Der Titel – Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses – mag etwas dröge klingen. Dahinter verbirgt sich aber allerlei Interessantes“, resümierte **Eva-Maria Kröger** (DIE LINKE). „Wir erfahren, was die Einwohner bewegt, was sie sich wünschen, welche Veränderungen sie vorschlagen.“ Daraus könne man eine Menge lernen. „Sprechen Sie Ihre Vertreter im Ausschuss ruhig regelmäßig an, womit sie sich gerade beschäftigen“, sagte sie den Abgeordneten von SPD und CDU. Ein großes Thema sei der Erhalt der Schulsozialarbeit gewesen. In

der Folge stelle das Land nun jährlich bis zu 1,8 Millionen Euro dafür bereit. Darüber hinaus arbeite eine Landesarbeitsgruppe an weiteren Ideen, die finanzielle Zukunft der Schulsozialarbeit zu sichern. Sie wünsche sich, dass der Ausschuss Petitionen noch häufiger mit „B10“ abschließen könne. „Für alle, die nicht wissen, was B10 bedeutet: Dem Anliegen des Petenten wurde entsprochen.“

„Absolut betrachtet ist die Zahl der Petitionen im Vergleich zum Vorjahr stark gesunken: 2016 wurden 1.626 Petitionen eingereicht“, rechnete **Dirk Stamer** (SPD) vor. Grund dafür seien mehrere Massenpetitionen gewesen – also „Petitionen, die in identischer Form von verschiedenen Personen einzeln eingereicht werden und somit auch für

die Statistik zählen“. Würde man diese jeweils als eine zählen, läge die Gesamtzahl der Petitionen konstant zwischen 350 bis 380 im Jahr. Wer anhand der absoluten Zahlen suggerieren wolle, die Probleme im Land hätten zugenommen, liege also falsch. Er freue sich über jeden einzelnen, der sich über das Petitionsrecht am demokratischen Prozess beteilige. „Mitmachen und nicht nur zuzuschauen ist für eine funktionierende Gesellschaft unbedingt notwendig.“ Jede einzelne Petition werde gründlich geprüft. Über allem stehe das Ziel, „ein zufriedenstellendes Ergebnis“ für den Petenten herbeizuführen. „Die Menschen müssen spüren, dass ihre Meinung wichtig ist und auch gehört wird.“

*Tätigkeitsbericht Petitionsausschuss
Drucksache 7/1883*

Bericht der Stasi-Beauftragten

Haben Eltern, Großeltern, Freunde und Verwandte gespitzelt? Oder war die eigene Familie selbst im Visier des DDR-Geheimdienstes? Fragen wie diese treiben auch 29 Jahre nach dem Untergang des SED-Regimes noch viele Menschen um. Im vergangenen Jahr beantragten in Mecklenburg-Vorpommern 5.602 Menschen Einsicht in Stasi-Unterlagen. Das waren 230 weniger als 2016. Darüber hinaus haben sich 1.059 Personen für Beratungen an die Landesbeauftrag-

te für Stasi-Unterlagen gewandt, zum Beispiel mit Fragen zur Akteneinsicht, zu Wiedergutmachungsleistungen oder Rehabilitationsverfahren. Einen „hervorgehobenen Platz“ nahm zudem das „Zwangsdoping in der DDR“ ein. Der Beratungsbedarf betroffener Athleten sei enorm, machte **Anne Drescher** in ihrem Jahresbericht deutlich. Um dem gerecht werden zu können, warb sie „mit Nachdruck“ um eine zusätzliche Beraterstelle. Weitere Schwerpunkte der Arbeit bil-

deten Veranstaltungen, Ausstellungen und das Projekt „Demokratie auf Achse“. Der Demokratiebus legte im vergangenen Jahr 16.000 Kilometer zurück.

*Unterrichtung der Landesbeauftragten
für die Unterlagen des Staatsdienstes
der ehemaligen DDR
Drucksache 7/1716*



Straßenausbau: Wer soll zahlen?

Regelungen zur Anliegerbeteiligung sollen auf den Prüfstand

■ Wenn Kommunen Straßen sanieren, erneuern oder ausbauen, müssen sich anliegende Grundstückseigentümer an den Kosten beteiligen. So sieht es das Kommunalabgabengesetz des Landes vor. Bis zu 90 Prozent der Kosten können Kommunen weiterreichen. Im Ergebnis müssen Grundstücksbesitzer mitunter fünf- und sechstellige Beträge zahlen. Dagegen formiert sich seit langem Widerstand. Bei Bürgern und Kommunen. Eine Volksinitiative hat inzwischen mehr als 10.000 Unterschriften für eine Abschaffung der Beiträge gesammelt. Und auch die Opposition fordert die Landesregierung zum Handeln auf: Während die AfD die Beitragspflicht in eine Kann-Regelung umwandeln möchte, schlägt DIE LINKE einen Leitfaden vor. Er soll Kommunen helfen, Spielräume beim Straßenbau besser auszuschöpfen, um Baukosten niedrig zu halten. Beide Vorschläge werden nun in den Ausschüssen beraten.

„Wir haben es hier mit einem Relikt aus alter monarchischer preußischer Zeit zu tun“, brachte Dirk Lerche (AfD) den Gesetzentwurf seiner Fraktion ein. Die Zeiten, in denen „einige wenige nicht aus der Kutsche in den Matsch und Dreck aussteigen wollten“, seien jedoch vorbei. „Heute sind Straßen Allgemeinut und gehören zur Daseinsvorsorge.“ Deshalb sei es an der Zeit, Grundstückseigentümer von derart „ungerechten Abgaben zu befreien“ und aus der Erhebungspflicht eine Kann-Regelung zu machen. Angesichts von Bürgerinitiativen, Stadt- und Gemeindevertretungen, die sich zunehmend gegen die Beiträge wenden, komme das Land nicht umhin, zu handeln. „Es gibt viele Gemeinden in unserem Land, die würden ihre Straßen auch ohne Beiträge finanzieren. Geben wir ihnen sofort diese Freiheit!“ Die Mittel beim Land seien ja da. „Rückstellungen sind vorbildlich geschaffen.“ Die Botschaft an die Bürger sollte sein:

„Wir sind zwar arm, aber nicht habgierig“, sagte Lerche in Anlehnung an den Berlin-Slogan „Wir sind zwar arm, aber sexy“.

DIE LINKE plädiert in ihrem Antrag für einen anderen Ansatz. Um die „Beitragsprobleme im Hier und Jetzt“ anzupacken, will sie den Kommunen zunächst einen Leitfaden mit „sinnvollen Ausbaustandards“ an die Hand geben. Die bisherige Palette an Gestaltungsmöglichkeiten von Straßen sei sehr breit gefasst, so Jeannine Rösler. „Hier gilt es, Ermessensspielräume aufzuzeigen für weniger aufwendige und preiswerte Lösungen.“ Denkbar sei auch, das Kommunalabgabengesetz zu präzisieren und die Kostenumlage an eine Standardausführung zu koppeln. „Denkmalpflegerische und gestalterische Mehrkosten müsste die Kommune selbst tragen.“ Darüber hinaus müsse die Kommunikation mit den Anliegern „deutlich verbessert werden“. Die Kommunalverfassung sehe zwar schon jetzt vor, Einwohner frühzeitig über Grundlagen und Auswirkungen einer Baumaßnahme zu informieren. „Praktisch läuft es aber regelmäßig so ab, dass ein Planer die fertige Entwurfsplanung vorstellt.“ Hier anzusetzen, könnte die Beitragsproblematik „deutlich entspannen“.

„Ja, es gibt Handlungsbedarf“, räumte Innenminister Lorenz Caffier ein. „Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass hohe fünfstelligen oder gar sechstelliger Ausbaubeiträge für Privatpersonen nicht zu vermitteln sind.“ Das Thema sei jedoch „ungemein komplex“. „Die eine Lösung gibt es nicht.“ Natürlich könne man das bestehende System abschaffen. „Der Applaus der Bürger wäre unsicher.“ Nur: Wer kompensiert dann diese Löcher im kommunalen Haushalt? „Straßenausbaubeiträge sind für Städte und Gemeinden eine wichtige Finanzierungsquelle.“ Aus der Pflicht eine Kann-Regelung zu machen, werde Anliegern nicht weiterhelfen: Nur we-

nige Kommunen könnten angesichts ihrer Haushaltslage auf die Beiträge verzichten. „Die dritte Option ist, das bestehende System weiterzuentwickeln“, zum Beispiel um Obergrenzen oder Beitragsstreckungen zu ergänzen. Caffier kündigte an, die „vielen offenen Fragen und Lösungsansätze“ ab Mai in einer interministeriellen Arbeitsgruppe zu beraten. „Sobald der interne Meinungsbildungsprozess der Landesregierung abgeschlossen ist, werde ich das Parlament über die Ergebnisse informieren.“

Für Martina Tegtmeyer (SPD) kommt es darauf an, „Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die Härten abmildern“. Eine Kann-Regelung helfe da nicht weiter. Ebenso wenig ein Leitfaden. So etwas käme einer Entmündigung der Gemeindevertretungen gleich. „Wir bauen in diesem Land seit über 25 Jahren Straßen. Da ist ja nicht nur Murks gemacht worden.“ Ihrer Erfahrung nach würden Gemeindevertreter „nicht auf Teufel komm raus irgendwelche Maßnahmen durchsetzen“ und Grundstückseigentümer „weit über die Belastungsgrenze trietzen“. „Die meisten gehen damit sehr verantwortungsbewusst um.“ Wer fordere, die Gemeinden aus der Beitragspflicht zu entlassen, müsse auch bedenken, was das für die Gemeindefinanzen bedeuten könnte. Vom Land eine Kompensation für Beitragslücken zu erwarten, halte sie für „kurios“. „Das muss man mal weiter denken: Dann wird es auch sagen, was da gemacht wird.“ Eigene Vorstellungen der Gemeinden blieben dann unter Umständen unberücksichtigt. „Was wir auch noch im Auge behalten müssen: Wie gehen wir mit Fördermitteln und Beiträgen aus der Vergangenenheit um?“

„Lasten der Gemeinschaft können nicht zu großen Teilen auf den Einzelnen verteilt werden“, betonte Ralf Borschke (BMV). „Hier wird Eigentum bestraft.“ Mit ihrem Gesetzentwurf entlaste die AfD lediglich reiche Kommunen.



Foto: Jens Büttner

Beim Ausbau von Straßen stellen die Kommunen den anliegenden Grundstückseigentümern anteilige Kosten in Rechnung – mitunter fünf- und sechsstelligen Beträge. Dagegen formiert sich vielerorts Widerstand.

Finanzschwache müssten weiterhin Straßenausbaubeiträge erheben. Das sei weder gerecht noch zielführend. Den Vorschlag der Linken hält er für „einen billigen Versuch, Zeit zu schinden“. Leitfäden lösten nicht das eigentliche Problem. „Gänzlich auf die Beiträge zu verzichten – darin sehen wir den richtigen Weg!“ Für seine Fraktion stehe fest: Wenn die Kommune das allein nicht leisten könne, müsse das Land einspringen und nicht der betroffene Bürger. Borschke kündigte für seine Fraktion an, demnächst einen „bis ins Detail ausgearbeiteten und begründeten Antrag“ dazu einzubringen.

Franz-Robert Liskow (CDU) erinnerte an die Anhörung im Innenausschuss. Die Gespräche mit Bürgervertretungen und kommunalen Verbänden hätten deutlich gezeigt, „dass niemand eine Kann-Regelung wolle“. Trotzdem habe die AfD-Fraktion ihren Gesetzentwurf von damals wieder hervorgeholt, ohne ein Wort daran zu ändern – und das, obwohl auch sie sich am Ende für eine vollständige Abschaffung ausgesprochen hatte. „Was ist denn nun Ihre Fraktionsmeinung?“ Er frage sich, ob die AfD wirklich an einer Lösung interessiert sei oder „einfach nur als Trittbrettfahrer“ auf das Thema aufspringe. Auch dem Antrag der Linken könne er „keine konkrete

Entlastung für den Bürger“ entnehmen. Seine Fraktion habe aus der Anhörung „drei klare Erkenntnisse“ gewonnen: Härtefallregelungen und Anwohnerinformationen müssen verbessert, Straßenkategorien erweitert werden. Eine Lösung zu den vielen Vorschlägen, die das Thema mit sich bringe, lasse sich nicht mal eben im Plenum finden. Darüber müsse nun intensiv in den Ausschüssen diskutiert werden.

„Wir wollen den Kommunen neue Spielräume geben“, verteidigte **Jens-Holger Schneider** (AfD) in der Aussprache den Gesetzentwurf seiner Fraktion. Er plädiere dafür, Probleme immer dort zu lösen, wo sie entstehen – in dem Fall auf kommunaler Ebene. Genau das ermögliche die Kann-Regelung. Dies werde letztlich auch zu mehr Transparenz führen. „Der Bürger will über Entscheidungen, die seine Geldbörse betreffen, detailliert Auskunft haben.“ Wer Beiträge erhebe, werde um eine genaue Begründung nicht umhinkommen. „Ausbaubeiträge dürfen nicht dazu missbraucht werden, Anlieger in einer Weise zu belasten, dass trotz lebenslang gezahlter Steuern bei einer kleinen Rente der Lebensabend ruiniert würde.“ Die landesweiten Diskussionen zu dem Thema zeigten, wie „revisionsbedürftig“ der Status quo sei. „Holen Sie die Bür-

ger bitte endlich dort vor Ort ab!“ Sollte sich die gesetzliche Neuregelung in der Praxis nicht bewähren, könnte natürlich über weitere Änderungen der Vorschriften nachgedacht werden.

Der Gesetzentwurf der AfD verkenne die Faktenlage, unterstrich **Jeannine Rösler** (DIE LINKE) in der Aussprache. Von den 750 Gemeinden im Land könnten nach Ansicht des Städte- und Gemeindetages bei einer Kann-Regelung vielleicht zwölf aufgrund ihrer Haushaltslage auf Beiträge verzichten. „Damit hätte sich ein solider Gesetzentwurf auseinandersetzen müssen.“ Stattdessen spiele die AfD mit den Ängsten und Befürchtungen der Bürger. Wer die Beitragspflicht abschaffen wolle, müsse auch Vorschläge präsentieren, wie der kommunale Straßenausbau stattdessen finanziert werden soll. Bei den Beratungen zum Haushalt und zum Finanzausgleichsgesetz habe die AfD jedoch keinen einzigen Vorschlag für eine bessere Finanzausstattung der Städte und Gemeinden gemacht. „Das nenne ich scheinheilig.“ Die Forderungen der BMV bezeichnete sie als „plump“. „Das ist weit weg von einer konstruktiven Politik.“

Gesetzentwurf AfD Drucksache 7/1983
Antrag DIE LINKE Drucksache 7/1889



Für die Debatte zum Thema UN-Behindertenrechtskonvention hatte der Landtag zwei Gebärdendolmetscherinnen engagiert.

Foto: Landtag M-V

Der lange Weg zur Inklusion

Landtag debattiert über die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in M-V

■ Es ist ein seltenes Bild, das sich den Zuschauern in dieser Landtagsdebatte bietet: Neben dem Rednerpult steht eine Frau, die die Reden der Abgeordneten in Gebärdensprache übersetzt. Für DIE LINKE ist das ein Beispiel von vielen, in denen Menschen mit Behinderungen im täglichen Leben ausgegrenzt werden. Denn: Diese Übersetzung ist nur eine Ausnahme. Weil in der Debatte über die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gesprochen wird. Mit ihr haben die Vereinten Nationen der Welt ins Stammbuch geschrieben:

Alle Menschen haben die gleichen Rechte, am öffentlichen Leben teilzunehmen. Hindernisse, die Menschen mit Behinderungen von dieser Teilhabe ausschließen, müssen abgebaut werden. Hier hapert es nach Ansicht der Linken noch an vielen Stellen. Sie verlangte deshalb, bis Ende Juli 2018 alle Gesetze, Richtlinien und Verordnungen des Landes dahingehend zu prüfen, ob sie dem internationalen Abkommen Genüge tun – fand dafür aber keine Mehrheit.

„Manches wäre einfacher, wenn Nichtbehinderte sich öfter in die Situation von Behinderten einfühlen würden: Dann wären wir bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention höchstwahrscheinlich weiter“, ist Torsten Koplín (DIE LINKE) überzeugt. Trotz des Abkommens und diverser Gesetze auf Bundes- und Landesebene existierten die Voraussetzungen für Inklusion bis heute „noch gar nicht oder nur teilweise“. Als Beispiel verwies

er auf die Sozialämter. Diese müssen laut Bundesteilhabegesetz seit Anfang des Jahres den Hilfebedarf behinderter Menschen erfassen. „Hierfür gibt es ein einheitliches Verfahren.“ Weil die Landesregierung dazu aber keine Rechtsverordnung erlassen habe, obliege es den Landkreisen und kreisfreien Städten, ob sie dieses Verfahren anwenden oder nicht. Mit dem Ergebnis, dass bei gleichem Hilfebedarf unterschiedliche Teilhabeleistungen bewilligt würden. Schwachstellen wie diese wolle seine Fraktion mit dem Antrag beseitigen, so Koplín.

Sozialministerin **Stefanie Drese** bezeichnete die Forderung der Linken als „überflüssig“. Sie sehe das Land hier bereits auf einem guten Weg. „Wir haben nicht erst mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention begonnen, Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen zu verhindern, abzubauen und zu beseitigen.“ Sie hob dabei insbesondere den Integrations-

förderrat hervor, der diesem Anliegen bereits seit 18 Jahren nachkomme. „Er wird an allen neu zu erlassenen oder zu novellierenden Rechtsetzungsvorhaben und Verwaltungsvorschriften beteiligt.“ In den vergangenen fünf Jahren habe er 298 Gesetze, Richtlinien, Erlasse, Berichte und Programme auf Einhaltung der UN-Konvention hin geprüft. Sie kündigte an, den 2013 verabschiedeten Maßnahmenplan zur Umsetzung des Abkommens in dieser Legislaturperiode fortzuschreiben. „Natürlich werden wir dabei den Integrationsförderrat, die betroffenen Menschen selbst, die sie vertretenden Vereine, Verbände und Organisationen einbeziehen.“ Den Vorschlag der Linken, einmal pro Legislaturperiode einen „Tag der Menschen mit Behinderungen“ zu veranstalten, finde sie gut. Dazu würde sie sich aber einen interfraktionellen Antrag wünschen.

„Deutschland hat die UN-Behindertenrechtskonvention schon deshalb mit als erstes Land ratifiziert, weil wir all die Regelungen bereits in unserem Grundgesetz verankert haben“, sagte **Thomas de Jesus Fernandes** (AfD). „Das, was die Linkspartei hier populistisch durchbringen möchte“, werde längst durch die Konvention selbst erledigt. Sie regelte, dass jeder Vertragsstaat dem Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen regelmäßig Bericht über die Umsetzung erstatten müsse. Vor dem Hintergrund immer wieder erhobener Forderungen nach einer Frauenquote frage er sich vielmehr: „Wieso haben SPD, DIE LINKE und CDU keine Quote für Menschen mit Behinderungen?“ Symposien ins Leben zu rufen, könne auch er sich gut vorstellen. „Eine echte Beteiligung“ wäre jedoch, bei jeder Ausschusssitzung einen betroffenen Vertreter mit am Tisch zu haben, um „auf Augenhöhe“ über Richtlinien und Gesetze zu sprechen. Der Antrag der Linken führe indes nicht zu mehr Mitbestimmung. „Er erzeugt viel Papier und kostet Geld.“

„Mecklenburg-Vorpommern engagiert sich seit Jahren für die Situation von Menschen mit Behinderung und chronischen Erkrankungen“, führte **Maika Friemann-Jennert** (CDU) an. Sie lobte vor allem das „gut aufgestellte“ Berufsangebot. „In 24 Werkstattverbänden mit etwa 70 Standorten gibt es über 7.000

Plätze im Arbeits- und Berufsbildungsbereich.“ Sie wolle, „dass Menschen mit Behinderungen einen noch selbstverständlicheren Platz in unserer modernen und technologisierten Arbeits- und Lebenswelt einnehmen“. Dazu leiste der Antrag jedoch keine Hilfe. Das Land prüfe bereits seit 2013 alle gesetzlichen Vorhaben auf Übereinstimmung mit dem Abkommen. Verfahren aus der Zeit davor bis Ende Juli rückwirkend zu überprüfen, sei „mehr als unrealistisch“. Den Wunsch nach einem Tag der Menschen mit Behinderungen könne sie gut verstehen. Ein „schlichtes Forum für Begegnungen und Gespräche“ wäre ihr jedoch zu wenig. Dafür gebe es kostengünstigere Formate wie Parlamentarische Abende. Sie warb dafür, das Anliegen erst einmal interfraktionell zu diskutieren.

Für **Jörg Heydorn** (SPD) geht der Antrag an der Lebenswirklichkeit in Mecklenburg-Vorpommern vorbei. Normen zu überprüfen, helfe nicht weiter. „Da weiß jeder, was bei raus kommt.“ Das Entscheidende seien die Maßnahmen und Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben. „Wie soll das denn alles geleistet werden?“ Hier befinde sich das Land in einem Prozess, der noch Jahrzehnte dauern werde. Als Beispiel blickte er an Schulen. Auf bauliche Barrieren. Aber auch auf fehlendes Personal wie Gebärdendolmetscher. Inklusion könne immer nur „im Rahmen der Realität und der wirklich zur Verfügung stehenden Möglichkeiten“ stattfinden. Die Landesregierung werde daher den bereits eingeschlagenen Weg weitergehen und „einen Schritt nach dem anderen tun“. Gegen ein Symposium pro Legislaturperiode hätte er nichts einzuwenden. „Das ist eine ganz gute Geschichte.“ Um gemeinsam mit Betroffenen Prioritäten

zu definieren und Möglichkeiten auszuloten. „Mehr gibt der Antrag aber nicht her.“ Den Linken sei es einmal mehr nur darum gegangen, „der Regierung und den Koalitionsfraktionen zu zeigen, dass sie hier viel zu wenig machen“.

„Menschen mit und ohne Behinderung begegnen sich nur selten“, sagte **Karen Larisch** (DIE LINKE). „Sie arbeiten nicht an denselben Arbeitsplätzen. Sie wohnen nicht in denselben Häusern. Sie können auch nicht flächendeckend ihre Freizeit miteinander verbringen. Und in politischen Gremien sind Menschen mit Behinderung kaum vertreten.“ Einen Grund dafür sieht sie in Artikel 41a der Landesverfassung, der es Gemeinden und Kommunen überlässt, im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten Behindertenbeauftragte zu benennen. „Menschen mit Behinderung sind immer darauf angewiesen: Wie steht meine Gemeindevertretung zur Inklusion? Und wie leistungsfähig ist eine Gemeinde oder ein Landkreis?“ Hier gebe es vorbildliche und nicht vorbildliche Kommunen. Wenn gehörlose Menschen Gebärdendolmetscher auf dem Amt selbst bezahlen müssen, Blindenleitsysteme fehlen oder Wege zu Geldautomaten und Behörden an baulichen Gegebenheiten scheitern, könne von Selbstbestimmung und gleichberechtigter Teilhabe keine Rede sein.

Während der Aussprache wurde beantragt, den Vorschlag, einmal pro Legislatur ein Symposium mit Menschen mit Behinderungen durchzuführen, aus dem Antrag herauszulösen und zur weiteren Beratung in den Sozialausschuss zu überweisen. Das scheiterte jedoch an den Stimmen von SPD und CDU.

Antrag DIE LINKE 7/1993

Die UN-Behindertenrechtskonvention

... ist ein internationales Abkommen, das die Lebenssituation und die Rechte von Menschen mit Behinderungen stärken soll. Ihr Ziel ist es, Hindernisse, die Menschen mit Behinderungen von einer gleichberechtigten Teilhabe am öffentlichen Leben ausschließen, abzubauen. Das Regelwerk wurde 2006 von der UNO-Generalversammlung

verabschiedet und trat 2008 in Kraft. Inzwischen beteiligen sich mehr als 175 Staaten daran. Deutschland hat das Abkommen als eines der ersten Länder unterzeichnet. Hier trat es 2009 in Kraft. In Mecklenburg-Vorpommern leben rund 350.000 Menschen mit Behinderung.

Weitere Beschlüsse

Verfassungsschutz

Der Verfassungsschutz in M-V wird keine eigenständige Behörde. Die BMV hielt es für angebracht, ihn aus dem Innenministerium auszugliedern, um den Verfassungsschutz im Land aufzuwerten und ihm mehr Unabhängigkeit zu geben. Dem erteilten alle anderen Fraktionen eine Absage. Er unterstütze, dass die BMV mit dem Antrag Diskussionen über die Sicherheitsarchitektur im Land anstoße, sagte Innenminister Lorenz Caffier. Er halte jedoch an der bisherigen Organisationsform fest, weil sie die Kommunikation und den Austausch der Abteilungen vereinfache. Aufgrund der Schnittmengen verschiedener Referate könnten gerade „Sachverhalte mit übergreifender Zuständigkeit wie bei Abschiebefällen, Waffenzug oder Extremisten viel direkter bearbeitet werden, als das ansonsten der Fall wäre“. Laut Antrag gibt es in Deutschland derzeit sieben Landesämter für Verfassungsschutz und neun Abteilungen innerhalb von Innenministerien.

Antrag BMV Drucksache 7/2005



Bestattungsrecht

In Deutschland müssen Verstorbene ihre letzte Ruhe in offiziellen Gräbern finden. Ob diese Form der Bestattungskultur in M-V noch zeitgemäß ist, damit soll sich nun eine 20-köpfige Expertenkommission befassen. Dafür haben sich SPD, CDU, DIE LINKE und BMV in einem gemeinsamen Antrag ausgesprochen. Dem Gremium sollen unter anderem Vertreter von Kirchen und Glaubensgemeinschaften sowie Bestatter, Rechtsmediziner, Verfassungsrechtler, Wissenschaftler und Verbraucherschützer angehören. Gemeinsam sollen sie die bisherigen gesetzlichen Regelungen auf den Prüfstand stellen und gegebenenfalls Vorschläge für eine Anpassung an gesellschaftliche Bedürfnisse erarbeiten. Die AfD kritisierte, zum wiederholten Male in einen interfraktionellen Antrag nicht einbezogen worden zu sein. Sie sprach sich für die Beibehaltung der Friedhofspflicht aus und lehnte den Antrag ab. Bestattungsrecht ist in Deutsch-

land Ländersache. Bislang gilt überall eine Friedhofspflicht, außer in Bremen. Hier dürfen Hinterbliebene die Asche von Verstorbenen auch im Garten verstreuen. In 14 von 16 Bundesländern sind zudem Seebestattungen zulässig.

Antrag SPD, CDU, DIE LINKE, BMV

Drucksache 7/2017

Änderungsantrag AfD

Drucksache 7/2069

Gedenktag

Der 17. Juni wird kein offizieller Gedenktag für die Opfer des SED-Unrechts. SPD, CDU und BMV begründeten ihre Ablehnung des AfD-Gesetzentwurfs damit, dass der Tag des Volksaufstands in der DDR bereits ein bundesweiter Gedenktag ist. DIE LINKE bedauerte, dass die Koalitionsfraktionen es nach der ersten Lesung im Januar abgelehnt hatten, den Vorschlag in die Ausschüsse zu überweisen. „Wir haben uns damit der Möglichkeit beraubt, eine inhaltliche Auseinandersetzung zu diesem historischen Datum zu führen – auch darüber, ob der vorgeschlagene Gedenktag die richtige Lösung ist oder es andere Möglichkeiten gibt, mit diesem Datum umzugehen“, sagte deren Redner Peter Ritter. Auch seine Fraktion stimmte letztlich gegen den Gesetzentwurf.

Gesetzentwurf AfD Drucksache 7/1574

Abschiebungen

Abschiebungen nach Afghanistan werden nicht ausgesetzt. DIE LINKE ist mit ihrem Versuch gescheitert, das Thema mit einem Dringlichkeitsantrag nachträglich noch auf die Tagesordnung der April-Sitzungen zu setzen. Mit dem Antrag sollte die Landesregierung zudem aufgefordert werden, sich angesichts neuer Anschläge beim Bund für eine Neubewertung der Lage in Afghanistan einzusetzen. Innenminister Lorenz Caffier verwies darauf, dass das Auswärtige Amt die Sicherheitslage regelmäßig neu bewerte. Der nächste Bericht werde im Sommer vorliegen. Auf dessen Grundlage werde dann das weitere Verfahren beschlossen. „Derzeit ist die Rechtslage so, dass Kriminelle, diejenigen, die sich bei der Identitätsüberprüfung verweigern oder falsche Daten liefern, beziehungsweise Gefährder rückgeführt werden. An der Haltung halten wir nach wie vor fest.“

Dringlichkeitsantrag DIE LINKE Ds. 7/2062

Neuer Schriftführer

Jens-Holger Schneider (AfD) wurde zum Schriftführer gewählt. Er nimmt die Stelle von Nikolaus Kramer ein, der wegen der Übernahme des AfD-Fraktionsvorsitzes dieses Amt niedergelegt hat. CDU, AfD und BMV stimmten dem Wahlvorschlag zu. Unter den SPD-Abgeordneten gab es sowohl Zustimmung als auch Enthaltungen. DIE LINKE lehnte den Kandidaten ab. Der aktuelle Landtag hat insgesamt 16 Schriftführer. Zwei von ihnen sitzen jeweils links und rechts neben der Sitzungspräsidentin. Sie unterstützen die Präsidentin bei der Leitung der Sitzung. So führen sie die Rednerliste, achten auf die Einhaltung der Redezeiten und ermitteln bei den Abstimmungen das Ergebnis.

Wahlvorschlag AfD Drucksache 7/1984

Datenschutz

Am 25. Mai treten die neuen EU-Datenschutzrichtlinien in Kraft. Mit diesen müssen auch die Landesgesetze im Einklang stehen. Das machte diverse Anpassungen nötig. Davon betroffen waren unter anderem die Landesverfassung, das Landesdatenschutzgesetz, der Rundfunkstaatsvertrag, das Gesundheitsrecht sowie Vorschriften in den Bereichen Justiz, Bildung, Kultur und Wissenschaft.

- Landesverfassung
Drucksachen 7/1571, 7/2039, 7/2064
- Landesdatenschutzgesetz
Drucksachen 7/1568 (neu), 7/2041
- Rundfunkänderungsstaatsvertrag
Drucksachen 7/1799, 7/2040
- Landesrecht im Bereich Justiz
Drucksachen 7/1582, 7/2035
- Gesundheitsrecht
Drucksachen 7/1583, 7/2045, 7/2057, 7/2067
- Bereich Bildungsministerium
Drucksachen 7/1569, 7/2038
- Bereich der Förderung der elektronischen Verwaltungstätigkeit
Drucksachen 7/1802, 7/2036
- Schwangerschaftskonfliktberatung
Drucksachen 7/1581, 7/2037, 7/2065, 7/2066



Laufende Gesetzgebung

Stand: 02. 05. 2018

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf	
7/1319	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Berufsbezeichnungen „Staatlich geprüfte Lebensmittelchemikerin“ und „Staatlich geprüfter Lebensmittelchemiker“ in M-V	Agrarausschuss	1. Lesung in Beratung	14.12.2017
7/1321	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Landesrechts zur Umweltverträglichkeitsprüfung und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften	Agrarausschuss	1. Lesung in Beratung	14.12.2017
7/1524	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wasserverkehrs- und Hafensicherheitsgesetzes und zur Änderung des Schiffsabfallentsorgungsgesetzes	Energieausschuss	1. Lesung in Beratung	24.01.2018
7/1571	LReg.	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes M-V	-	1. Lesung 2. Lesung in Beratung	28.01.2018 25.04.2018
7/1800	LReg.	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung in Beratung	14.03.2018
7/1814	BMV	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung Überweisung abgelehnt	14.03.2018
7/1820	DIE LINKE	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Landesbeamtengesetz - LBG M-V)	-	1. Lesung Überweisung abgelehnt	14.03.2018
7/1931	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung vergaberechtlicher Vorschriften	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung in Beratung	25.04.2018
7/1992	DIE LINKE	Entwurf eines Tariftrue- und Vergabegesetz M-V	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung in Beratung	25.04.2018
7/1983	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes – Abschaffung der Pflicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung in Beratung	25.04.2018

Abgeschlossen im Plenum am 25., 26. und 27. April 2018 entschieden

Stand: 02. 05. 2018

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum		Beschluss
7/1568 (neu)	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Landesdatenschutzgesetzes und weiterer datenschutzrechtlicher Vorschriften im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums M-V an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680	LReg.	1. Lesung 2. Lesung	24.01.2018 25.04.2018	angenommen
7/1569	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung datenschutzrechtlicher Vorschriften im Zuständigkeitsbereich des Bildungsministeriums an die Verordnung (EU) 2016/679	LReg.	1. Lesung 2. Lesung	24.01.2018 25.04.2018	angenommen
7/1574	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage M-V – Gesetz zur Einführung eines Gedenktages für die Opfer des SED-Unrechts	AfD	1. Lesung 2. Lesung	24.01.2018 25.04.2018	abgelehnt
7/1581	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Landesrechts im Bereich der Ausführung der Schwangerschaftskonfliktberatung an die Verordnung (EU) 2016/679	LReg.	1. Lesung 2. Lesung	24.01.2018 25.04.2018	angenommen
7/1582	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung von Landesrecht im Bereich der Justiz an die Verordnung (EU) 2016/679	LReg.	1. Lesung 2. Lesung	24.01.2018 25.04.2018	angenommen
7/1583	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesundheitsrechts und dessen Anpassung an die Verordnung (EU) 2016/679	LReg.	1. Lesung 2. Lesung	24.01.2018 25.04.2018	angenommen
7/1799	Entwurf eines Gesetzes zum 21. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, zum NDR-Datenschutz-Staatsvertrag sowie zur Anpassung des Landesrundfunkgesetzes an die Verordnung (EU) 2016/679	LReg.	1. Lesung 2. Lesung	14.03.2018 25.04.2018	angenommen
7/1801	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Kirchensteuergesetzes M-V	LReg.	1. Lesung 2. Lesung	14.03.2018 25.04.2018	angenommen
7/1802	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Landesrechts im Bereich der Förderung der elektronischen Verwaltungstätigkeit an die Verordnung (EU) 2016/679	LReg.	1. Lesung 2. Lesung	14.03.2018 25.04.2018	angenommen



Foto: Landtag M-V

Expertengespräch im Energieausschuss zum Netzausbau in Mecklenburg-Vorpommern

„Grüne Energie“ aus M-V

Expertengespräch im Energieausschuss zum Netzausbau in Deutschland

■ Mecklenburg-Vorpommern will einen wichtigen Beitrag für die Energiewende in Deutschland leisten. Dabei stehen die erneuerbaren Energien im Vordergrund. Deren Nutzung und weiterer Ausbau steht und fällt jedoch mit der Möglichkeit, den im Land erzeugten Strom in die Verbrauchszentren Deutschlands zu transportieren. Unterschiedliche Probleme schränken dies zurzeit ein, sodass die Bundesnetzagentur Mecklenburg-Vorpommern als „Netzengpassgebiet“ ausgewiesen hat. Die damit verbundenen Restriktionen für die Produktion von „grünem Strom“ stoßen auf Kritik insbesondere der Stromerzeuger. Zudem empfinden viele Menschen die unterschiedlichen Netzentgelte als ungerecht. Am 18. April hat der Energieausschuss die Thematik mit Vertretern der im Land engagierten größten Stromnetzbetreiber – der 50Hertz Transmission GmbH, der WEMAG AG sowie der e.dis AG – erörtert.

Nach Einschätzung aller drei Netzbetreiber hat das Land beste Voraussetzungen für die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien. Mit einem Anteil von zurzeit mehr als 40 Prozent werde vorrangig die Windenergie genutzt. Ei-

nen weiteren Auftrieb werde die Windenergienutzung im Land durch den Anschluss weiterer Offshore-Windparks in der Ostsee erfahren. Voraussetzung seien aber leistungsfähige Transport- und Verteilnetze, die den Überschussstrom in den Süden und Südwesten Deutschlands, wie bspw. nach Berlin, Bayern oder Baden-Württemberg, leiten.

Um Abschaltungen von Energieerzeugungsanlagen zu vermeiden, arbeite man „mit Hochdruck“ an grenzüberschreitenden Projekten, informierten die Netzbetreiber. Als Beispiele nannten sie die Projekte „Combined Grid Solution“ (Dänemark), „Hansa Power Bridge“ (Schweden) sowie die sogenannten „Interkonnektoren“ im polnischen und tschechischen Grenzgebiet.

Wesentlich für die Zukunft sei, die Ausbauprogramme im Netzbereich (Leitungen, Umspannwerke, etc.) zu synchronisieren. Allein das Investitionsvolumen für das Offshore-Netz im Ostseebereich bis 2030 werde mit ca. 3,8 Mrd. Euro veranschlagt.

Klare und planbare Rahmenbedingungen seien für die Netzbetreiber von grundlegender Bedeutung. Sich regelmäßig und in kurzen Zeitspannen verändernde Bundesgesetze wirkten

sich kontraproduktiv auf die Geschäftstätigkeit aus. Strom aus erneuerbaren Energien werde zwar immer günstiger, jedoch müssten neue Techniken vorgehalten und neue internationale Ex- und Importmodelle entwickelt werden, was auch kostenintensiv sei. Wichtig sei im Zusammenhang mit der Energiewende auch, die Ertüchtigung der Mittelspannungsnetze nicht zu vernachlässigen, die zunehmend von der Lastumkehr (Aufnahme und Weiterleitung des dezentral erzeugten Stroms) betroffen seien.

Der erforderliche Netzausbau im Land funktioniere zwar gut, um die zukünftig zu erwartende Stromproduktion aus erneuerbaren Energien aufzunehmen und zu verteilen, bilanzierte Ausschussvorsitzender **Rainer Albrecht**. Dennoch bedürfe es weiterhin gewisser Marktanreize, um insbesondere den Speichertechnologien zum Durchbruch zu verhelfen.

Erneuerbare Energien

Hierzu zählen Bioenergie (Biomasse), Geothermie, Wasserkraft, Meeresenergie, Sonnenenergie und Windenergie.



Foto: Jens Büttner

Mecklenburg-Vorpommern ist ein beliebtes Reiseziel für Kinder und Jugendliche.

Kinder- und Jugendtourismus

Expertengespräch
im Wirtschaftsausschuss

■ Um die Förderung des Kinder- und Jugendtourismus im Land ging es bei einem Expertengespräch, zu dem der Wirtschaftsausschuss am 19. April Vertreter des DJH-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern e. V., des Landesverbandes der Schullandheime Mecklenburg-Vorpommern e. V. und des Tourismusverbandes Mecklenburg-Vorpommern e. V. eingeladen hatte.

Mecklenburg-Vorpommern ist das beliebteste innerdeutsche Reiseziel in der Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen, bezogen auf Urlaubsreisen ab fünf Tagen Dauer. Im Land gibt es 162 Einrichtungen von Kinder- und Jugendüber-

nachtungsstätten, die zu 52 Prozent von gewerblichen, zu 44 Prozent von gemeinnützigen und zu vier Prozent von öffentlichen Trägern betrieben werden. Allerdings sind die Übernachtungszahlen in den kinder- und jugendtouristischen Einrichtungen im Land im Jahr 2017 um 2,1 Prozent auf 852.438 zurückgegangen. Der Anteil der jüngeren Gäste ist von 2010 bis 2016 von 14 Prozent auf sechs Prozent gesunken. Die Jugendherbergen mussten von 2010 bis heute einen Rückgang der Übernachtungszahlen um etwa zehn Prozent verzeichnen.

Eine rückläufige Entwicklung gibt es auch bei den Schullandheimen. Wurden 1991 in Mecklenburg-Vorpommern noch über 45 Einrichtungen betrieben, sind es heute nur noch neun. Gründe für diesen Rückgang seien u. a. unklare Eigentumsverhältnisse, fehlende strukturelle Fördermöglichkeiten, fehlendes ehrenamtliches Engagement, geringes Eigenkapital und die Erteilung von Auflagen.

Der Blick sollte künftig auf eine Vielfalt der Trägerlandschaft, unterschiedlich

spezialisierte, wirtschaftlich stabile Häuser und Einrichtungen sowie auf innovative Kinder- und Jugendreisen gerichtet sein.

Es wurde vorgeschlagen, insbesondere die finanzielle Ausstattung und Qualifizierung des Ehrenamtes in der freien Kinder- und Jugendarbeit, die Förderung der Teilhabe, das außerschulische Lernen und die Förderung internationaler Arbeits- und Fachkräftegewinnung stärker in den Fokus zu nehmen.

Jugendherbergen in Mecklenburg-Vorpommern

Zum DJH-Landesverband gehören 16 Jugendherbergen mit ca. 3.000 Betten. Jährlich werden hier ungefähr 400.000 Übernachtungen gezählt. 60 Prozent der Gäste sind Schulklassen und Gruppen. Aber auch Einzelgäste und Familien nutzen das Angebot der Jugendherbergen und bilden inzwischen ca. 40 Prozent der Gästegruppe.

Foto: Landtag M-V



Ausschuss-Vorsitzender Jörg Kröger (AfD), Karsten Kolbe (DIE LINKE), Dr. Friederike Drinkuth und Andreas Butzki (SPD)

Die Königin aus Mecklenburg

Prinzessin Sophie Charlotte Herzogin zu Mecklenburg-Strelitz war Thema im Bildungsausschuss

■ Das Leben von Sophie Charlotte Herzogin zu Mecklenburg-Strelitz stand im Bildungsausschuss am 18. April im Fokus. Aus Anlass des 200. Todestages der mecklenburgischen Prinzessin informierte Dr. Friederike Drinkuth von der oberen Landesbehörde „Staatliche Schlösser, Gärten und Kunstsammlungen M-V“ die Abgeordneten über deren Aufstieg zur englischen Königin.

Geboren wurde Sophie Charlotte am 17. Mai 1744. In der Abgeschiedenheit der Mecklenburgischen Seenplatte verlebte die Herzogin zu Mecklenburg-Strelitz eine Kindheit in relativ bescheidenen Verhältnissen, bevor sie am 8. September 1761 den ihr bis dahin unbekanntem König Georg III. heiratet und damit Königin von Großbritannien und Irland wird. Zwar sagen Zeitgenossen Sophie Charlotte mangelnde Bildung nach, tatsächlich setzt sie sich jedoch unter anderem für Kultur und Bildung ein, stiftet Krankenhäuser, lässt eine Stickschule für Waisenmädchen errichten und fördert Künstlerinnen. Sie interessiert sich sehr für Botanik und trägt mit dazu bei, dass die Royal Botanic Gardens eine umfangreiche Samenbank aufbauen können. Ihr zu Ehren wird



Prinzessin Sophie Charlotte Herzogin zu Mecklenburg-Strelitz

Foto: Wikipedia/Dr. Ronald Kunze
(Gemälde nach Johann Georg Ziesenis der Jüngere)

1773 sogar eine Pflanzengattung, die „Strelitzie“, nach ihr benannt.

Obwohl Königin Charlotte nie in den Vereinigten Staaten von Amerika war, benennen deutsche Auswanderer mehrere Orte nach ihr, z.B. im Bundesstaat North Carolina die Region Mecklenburg County, mit der das Land M-V seit 1994 eine Regionalpartnerschaft pflegt, und die Bezirkshauptstadt Charlotte.

Charlotte stirbt am 17. November 1818. Ihr Andenken lebt nicht nur in der Strelitzie weiter, sondern auch in den partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Mecklenburg County.

Junge Menschen für Europa

■ Johannes Fromm, Julica Schütz und Jan-Jacob Corinthe (v.l.), die in der Landtagsverwaltung bzw. der SPD-Landtagsfraktion ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) absolvieren, engagieren sich auch in dem transnationalen Jugendverband „Junge Europäische Föderalisten“. Am 6. Mai, wenige Tage vor dem Europa-Tag, warben sie am Südufer des Schweriner Pfaffenteichs für die Europäische Union. Ihre Kundgebung hatten sie unter das Motto gestellt: „deine Zauber binden



Foto: JEF Schwerin

wieder“ – eine Zeile aus dem deutschen Text der Europahymne. Ziel der Aktion war es, das europäische Bewusstsein

insbesondere bei jungen Menschen zu fördern und diese zu gesellschaftlichem Engagement zu ermuntern.



Die Delegation des Landtages Mecklenburg-Vorpommern: v.l. Christel Weißig (BMV), Dr. Gudrun Mernitz, Vizepräsidentin Beate Schlupp, Karsten Kolbe (DIE LINKE), Dirk Friedriszik (SPD), Nikolaus Kramer (AfD), Susann Wippermann (SPD), Dietmar Eifler (CDU)



Fotos: Landtag M-V

Beate Schlupp übernimmt für die Ausrichtung der Konferenz 2019 die Hanse-Kogge aus Bernstein als Symbol des Parlamentsforums.

Gemeinsam stark

■ Parlamentarier des südlichen Ostseeraumes für intelligente Spezialisierung

Zum 16. Parlamentsforum Südliche Ostsee trafen sich vom 13. bis 15. Mai mehr als 70 Abgeordnete, Sachverständige und hochrangige Gäste im polnischen Siła (bei Allenstein). Auf Einladung des Sejmiks der Woiwodschaft Ermland-Masuren diskutierten die Delegationen der Sejmiks der Woiwodschaften Pommern und Westpommern, der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, der Landtage Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sowie der Duma des Kaliningrader Oblast Strategien zur gemeinschaftlichen Stärkung der Partnerregionen. Mit dabei waren auch Vertreter der schwedischen Region Schonen und des Verbandes der Selbstverwaltungen des litauischen Landkreises Klaipėda.

Die Konferenz stand unter dem Titel „Smart Specialisations – Smart Regions – intelligente Spezialisierungen von Regionen sowie deren Rolle und Beitrag zur dynamischen Entwicklung der Südlichen Ostsee“. Für den fachlichen Input sorgten Sachverständige aus Forschung, Wirtschaft und Verwaltung. Für Mecklenburg-Vorpommern stellte

Dr. Gudrun Mernitz (BioCon Valley M-V e. V.) das Projekt „ELISE“ (European Life Science Ecosystems) vor. Im Projekt steht die länderübergreifende Zusammenarbeit im Bereich der intelligenten Spezialisierung zur Förderung einer besseren Gesundheit und eines besseren Lebens für alle im Mittelpunkt.

Parallel zur Konferenz fand ein Jugendforum zum Thema „Lokale Ressourcen als Entwicklungsbasis“ statt, an dem junge Erwachsene aus allen beteiligten Regionen des Parlamentsforums teilnahmen. Am letzten Konferenztag präsentierten sie eigene Vorschläge für eine stärkere Regionen übergreifende Vernetzung, wie die Durchführung internationaler Kulturveranstaltungen, die Förderung des staatenübergreifenden öffentlichen Bahnverkehrs und die Förderung von regionalen und nachhaltigen Produkten.

Höhepunkt war die feierliche Unterzeichnung und offizielle Übergabe der Konferenzresolution. Sie enthält Forderungen und Empfehlungen an die Regierungen der Partnerregionen zur Förderung von Innovationen als Grundlage für Veränderungen und wirtschaftliches Wachstum. Die Vorschläge des Jugendforums wurden in die Resolution aufgenommen.

Anlässlich der seit 15 Jahren bestehenden Zusammenarbeit erinnerte Jan Bobek, Vorsitzender des Sejmiks der Woiwodschaft Ermland-Masuren, an die Gründungsphase des Parlaments-

forums Südliche Ostsee und zeichnete Abgeordnete aus den vier Gründungsparlamenten Westpommern, Pommern, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern aus. Für den Landtag M-V wurde Vizepräsidentin Beate Schlupp für ihr Engagement zur Förderung der partnerschaftlichen parlamentarischen Zusammenarbeit im Südlichen Ostseeraum mit dem polnischen Verdienstorden der Woiwodschaft Ermland-Masuren geehrt. „Diese Auszeichnung ist eine Ehrung der gesamten Delegation und steht für das langjährige Engagement des Landtages Mecklenburg-Vorpommern in der parlamentarischen Kooperation im südlichen Ostseeraum“, so Beate Schlupp. Auch künftig werde Mecklenburg-Vorpommern einen aktiven Beitrag leisten, um bestehende Partnerschaften zu vertiefen und neue zu entwickeln, versprach sie.

Ausrichter des nächsten Parlamentsforums wird der Landtag Mecklenburg-Vorpommern sein. Sie freue sich, die Delegationen der Partnerregionen im kommenden Jahr in den neuen Plenarsaal des Schweriner Schlosses einzuladen, sagte Beate Schlupp und schlug als Konferenztitel vor: „Die Digitalisierung der Südlichen Ostseeregion – South Baltic goes digital – Chancen und Risiken“.



Der Landtagsabgeordnete Tilo Gundlack, hier mit EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström, vertritt den Landtag im Ausschuss der Regionen.

EU-Ausschuss der Regionen

Tilo Gundlack vertritt den Landtag M-V

■ Am 24. April wirkte der Landtagsabgeordnete Tilo Gundlack an der 18. Sitzung der Fachkommission für Wirtschaft des EU-Ausschusses der Regionen (AdR) mit. Dort übernahm er eine Berichterstattung für ein europäisches Dossier, den „Aktionsplan: Finanzierung nachhaltigen Wachstums“ der EU-Kommission.

Dieser Aktionsplan wurde am 8. März 2018 als Teil des Maßnahmenpakets für die Kapitalmarktunion veröffentlicht. Damit sollen die vereinbarten Ziele des Klimaabkommens von Paris und der UN-Agenda 2030 in Einklang gebracht werden mit einer wachsenden Wirtschaft sowie neuen Beschäftigungs- und Investitionsmöglichkeiten. Demgemäß nimmt das Papier ein breites Spektrum an Maßnahmen in den Blick, wie z. B. ein EU-Gütesiegel für grüne Anlageprodukte und ein EU-Klassifikationssystem für nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten. Ziel ist es, EU-weit einheitliche Rahmenbedingungen für ein nachhaltigeres Finanzwesen zu schaffen.

Weitere Themen der Kommissionssitzung war die Annahme zweier Initiativstellungen: zum Paket „Öffentliche Auftragsvergabe“ sowie zu Reformvorschlägen für die Wirtschafts- und Währungsunion. Zudem debattierten die Ausschuss-Mitglieder mit der für das

Thema Handel zuständigen EU-Kommissarin Cecilia Malmström über die Rolle der Städte und Regionen für die Stärkung der demokratischen Dimension der EU-Handelspolitik. Ebenfalls auf der Tagesordnung stand erneut eine Diskussion über die Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU mit dem Fokus auf den Handel und die Wirtschaft der Regionen und Städte in der EU-27.

Danziger Gespräche in Heringsdorf

Der **Innen- und Europaausschuss** nahm vom 17. bis 19. April an der internationalen Sicherheitskonferenz „Danziger Gespräche“ in Heringsdorf teil. Kernpunkte des fachlichen und politischen Diskurses waren aktuelle Fragen der Sicherheit in der Wirtschaft, aber auch Cyberbedrohungen und Gefahrenabwehr im Darknet.

Agrarforschung

Agrarausschuss besucht Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei

■ Am 19. April nutzte der Agrarausschuss die Möglichkeit, sich zusammen mit Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus in Gülzow und in Hohen Wangelin ein Bild über die für Mecklenburg-Vorpommern essenzielle Agrarforschung zu machen.

Zur Landesforschungsanstalt (LFA) gehören die Institute für Pflanzenproduktion und Betriebswirtschaft (Gülzow), Tierproduktion (Dummerstorf), Fischerei und Aquakultur (Rostock, Born, Hohen Wangelin) und das Gartenbaukompetenzzentrum (ebenfalls Gülzow), stellte LFA-Direktor Dr. Peter Sanftleben die Forschungseinrichtung vor. Zu deren Kernaufgaben gehört die angewandte landwirtschaftliche Forschung mit besonderem Blick auf die regionalen Besonderheiten Mecklenburg-Vorpommerns. In enger Zusammenarbeit mit der landwirtschaftlichen Praxis liefert die LFA unabhängige Informationen für die Agrarberatung, betreibt Politikberatung und arbeitet aktiv mit anderen Forschungseinrichtungen auf nationaler und internationaler Ebene zusammen.

Bei der Besichtigung der Versuchsfelder in Gülzow informierte Dr. Hubert Heilmann, Leiter des Instituts für Pflanzenproduktion und Betriebswirtschaft, die Abgeordneten über die derzeitigen Forschungsschwerpunkte sowie aktuelle



Die Konferenz wird seit 2000 alljährlich durch das Landeskriminalamt M-V und das Pommersche Woiwodschaftsamt Danzig organisiert und durchgeführt. Ziel sind der Erfahrungs- und Informationsaustausch zu Fragen der Inneren Sicherheit im zusammenwachsenden Europa.

Fragen der Pflanzenproduktion. Projektleiter David Buglowski erläuterte innovative Verfahren zur Minderung diffuser Nährstoffausträge. Diese Forschungen seien sehr wichtig, um das Ziel der EU-Wasserrahmenrichtlinie – den guten ökologischen und chemischen Zustand der Oberflächengewässer – zu erreichen. Der Vermeidung oder zumindest Minimierung von Stickstoff-Einträgen in die Oberflächengewässer dient auch das Projekt „Drainfit“, das Franziska Fengler erläuterte.

Zweiter Schwerpunkt der Ausschusssitzung war die Besichtigung der Aquakulturanlage am Standort Hohen Wangelin.

Der Projektverantwortliche Dr. Tobias Rapp führte die Abgeordneten durch die 2010 eröffnete Mastfischanlage. Im Fokus der Forschung stehen Verfahren zur Aufzucht und Mast von Zandern. Abschließend informierte der Leiter des Instituts für Fischerei, Gerd-Michael Arndt, über künftige Forschungsschwerpunkte, beispielsweise zur Optimierung der Wasseraufbereitung für die Haltung und Produktion von Nutzfischen, zur weiteren effektiven Gestaltung des Aalmanagements in M-V, zum Aufbau einer kommerzialisierten Miesmuschelproduktion in Kombination mit der Aufzucht regionaler Fischarten sowie zur Optimierung der Haltungs- und Reproduktionsbedingungen des baltischen Störs.



Foto: Landtag M-V

Der Petitionsausschuss beim Vor-Ort-Termin in der Friedländer Großen Wiese.

Vor Ort

Der Petitionsausschuss in der Friedländer Großen Wiese

■ Im vorpommerschen **Wilhelmsburg am Rande der Friedländer Großen Wiese** trafen sich am 17. Mai die Mitglieder des Petitionsausschusses mit Petenten, die sich mit über 1.000 Zuschriften hilfesuchend an den Ausschuss gewandt und gefordert hatten, dass in der Friedländer Großen Wiese und dem Moldenhauer Bruch keine Windeignungsgebiete ausgewiesen werden.

Die Petenten begründeten ihre Forderung vor allem mit der Artenvielfalt in diesem ökologisch sensiblen Gebiet. 100.000 Vögel würden jährlich durch die Friedländer Wiese ziehen, davon allein 25.000 Kraniche. Auch würde der Bau von Windkraftanlagen einen in seinen Folgen unabherrschbaren Eingriff in den Untergrund eines der größten Moorgebiete Deutschlands bedeuten, was den Zielen des vom Land aufgelegten Moorschutzprogramms zuwiderlaufe.

Nach Aussage des ebenfalls anwesenden Vertreters des Regionalen Planungsverbandes Vorpommern sieht der bisherige Planungsstand drei Windeignungsgebiete in diesem 11.000 Hektar großen Niedermoor vor. Allerdings seien im Zuge der dritten Öffentlichkeitsbeteiligung, die derzeit ausgewertet werde, neue naturschutzfachliche Argumente vorgebracht worden. Voraussichtlich am 25. September werde der Planungsverband seine Entscheidung zu den Windeignungsgebieten treffen.

Im Anschluss an die intensiv und fachlich fundiert geführte Diskussion ließen sich die Ausschussmitglieder in der Friedländer Wiese von einem Vertreter der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald die ökologischen Besonderheiten des Gebietes zeigen.

„Es ist immer besser, sich vor Ort ein Bild zu machen, als am grünen Tisch nach Aktenlage eine Entscheidung zu treffen“, so der Vorsitzende des Petitionsausschusses Manfred Dachner, der den Petenten für ihr Engagement dankte.

„Der neue Plenarsaal – modern, funktional und transparent“ ...



... lautet der Titel einer Broschüre über den Bau des neuen Plenarsaals im Schweriner Schloss. Anhand zahlreicher Fotos und kurzer, informativer Texte wird die Größe und Komplexität der Baumaßnahme deutlich, die die Sanierung des gesamten Schlossgartenflügels umfasste und deren herausragendes Ergebnis der neue Plenarsaal ist.

Das knapp 70-seitige Heft können Sie kostenlos bestellen:

- Tel. 0385/525-2113
- oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
- Landtag M-V
Öffentlichkeitsarbeit
Lennéstraße 1
19053 Schwerin



Fotos Landtag M-V

Am 25. Mai beriet der Wissenschaftliche Beirat für die Welterbe-Bewerbung im Landtag über das weitere Vorgehen bei der Welterbe-Bewerbung.

Auf dem Weg zum Welterbe

Residenzensemble Schwerin - Kulturlandschaft des romantischen Historismus

■ Seit 2014 ist das Schweriner Residenzensemble auf der deutschen Tentativliste für zukünftige deutsche Nominierungen zur Aufnahme in die UNESCO-Welterbeliste eingetragen. Derzeit wird in der Landeshauptstadt Schwerin daran gearbeitet, den Antrag abgabefertig aufzubereiten, um so früh wie möglich das überzeugende Nominierungsdossier bei der UNESCO einreichen zu können.

Dass der Weg zum Welterbe nicht mit einem Spaziergang zu verwechseln ist, wurde anlässlich der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirates deutlich. Das 2015 konstituierte Gremium berät die drei Partner Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur M-V, Landeshauptstadt Schwerin und Landtag Mecklenburg-Vorpommern bei der Umsetzung des großen Vorhabens inhaltlich sowie auf Verfahrensebene.

Am 25. Mai 2018 tagte der Beirat unter Leitung des Vorsitzenden Prof. Dr.-Ing. Stefan Breitling nun zum vierten Mal im Schweriner Schloss. Diskutiert wurde insbesondere über das im Auftrag



Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp und Landtagsdirektor Armin Tebben mit dem portugiesischen Botschafter João Mira Gomes beim Rundgang über die Dächer des Schlosses.

der Stadt jüngst erstellte Gutachten des Kunsthistorikers Dr. Christian Ottersbach. Vizepräsidentin **Beate Schlupp** nahm an der Sitzung teil. „Mit dem Gutachten haben wir eine umfangreiche Grundlage für die weitere Arbeit am Nominierungsdossier. Bis das Schweriner Residenzensemble durch das Welterbe-Komitee der UNESCO geprüft werden kann, liegt allerdings auch noch einiges vor uns“, sagte sie. „Der erste große Schritt ist nun gemacht und wir gehen gemeinsam mit der Landeshauptstadt Schwerin und dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur voller Elan in die nächste Arbeitsphase.“

Neben der Arbeit am Nominierungsdossier ist die Vermittlung des Vorhabens auf vielen Ebenen wichtig, um vor allem im internationalen Kontext Fürsprecher

zu gewinnen. Mit dem portugiesischen Botschafter **S. E. João Mira Gomes**, der am 24. Mai im Landtag zu Gast war, tauschte sich Beate Schlupp unter anderem über das Thema Welterbe aus. „Die Unterstützung unserer Welterbebewerbung durch Portugal ist ausgesprochen wertvoll. In Portugal liegt die Welterbestätte Sintra, ein Schloss aus dem 19. Jahrhundert inmitten einer wunderschönen Landschaft – mit unserem Schloss vergleichbar. Bei einem Rundgang über die Dächer des Schweriner Schlosses zeigte sich der Botschafter so begeistert, dass wir mit ihm einen weiteren wichtigen Fürsprecher für unser großes Vorhaben gefunden haben. Ein gegenseitiger Austausch mit Sintra wird nun auf höchster Ebene hergestellt“, so Beate Schlupp.



Foto: Landtag M-V

Freude bei allen Beteiligten über das Modell des Schweriner Residenzensembles in unmittelbarer Schlossnähe. (Bildmitte Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp, rechts neben ihr der Künstler Egbert Broerken und Schwerins Oberbürgermeister Dr. Rico Badenschier, links im Bild Norbert Rethmann, Vorsitzender des Welterbe-Fördervereins.)

Schwerin zum Anfassen

Kopie des künftigen Bronzemodells vorgestellt

■ Sichtbar wird das mögliche Welterbe-Areal demnächst anhand des großen Stadtmodells an der Graf-Schack-Allee mit direkter Sicht zum Schweriner Schloss.

Norbert Rethmann, Vorsitzender des Welterbe Schwerin Förderverein e. V., übergab das dreidimensionale Modell – zunächst noch im Entwurf – am 25. Mai feierlich an die Landeshauptstadt Schwerin. Der Landtag unterstützt als institutionelles Mitglied den Förderverein und stellte den Standort, der zur Liegenschaft des Hauses gehört, kostenfrei zur Verfügung. Das Stadtmodell zeichnet die Altstadt von Schwerin und



Foto: Cornelius Kettler

Egbert Broerken ist sichtlich stolz auf sein Modell des Schweriner Residenzensembles. Er ist vor allem für seine Stadtmodelle für Blinde und Sehbehinderte bekannt. Mehr als 100 Innenstädte und Einzelobjekte, wie Kirchen und Klöster, hat er bereits als Miniaturversionen in Bronze gegossen.

das mögliche Welterbe-Areal nach und soll allen Besucherinnen und Besuchern die Möglichkeit geben, sich über das Schweriner Residenzensemble zu informieren. Beate Schlupp machte dazu deutlich: „Die Initiative des Fördervereins ist ein großer Gewinn. Ohne das Engagement der Vereine, der Ehren-

amtlichen und der vielen Menschen, die sich für das Residenzensemble begeistern, wären wir nicht da, wo wir heute stehen. Einen solchen Weg kann man nicht allein gehen. Daher ist die Beteiligung, wie wir sie bereits erleben dürfen, so wichtig und ein Aushängeschild für unser Land!“

Heiraten im Schloss

Ein besonderer Ort beim Ja zum Bund fürs Leben



Foto: Friederike Hegner

■ Wenn Heidemarie Jürß Dienst hat und ihr jemand mit einem Federballschläger, einem Ruder oder einem 1,80 Meter hohen Myrtenbaum entgegenkommt, ahnt sie nichts Gutes. „Was haben Sie denn damit vor?“, fragt sie dann meistens, aber eher rhetorisch. Denn Heidemarie Jürß weiß ja, was kommt: eine originelle Idee eines Hochzeitsgastes, vielleicht die barocken Dekorationsvorstellungen einer künftigen Schwiegermutter oder eine witzige Wette der Kollegen des Bräutigams.

Heidemarie Jürß ist Küsterin in der Schlosskirchen-Gemeinde und seit zwölf Jahren ehrenamtlich zuständig für das Organisatorische rund um die kirch-

liche Trau-Zeremonie in der Schlosskirche. „Ich glaube, es gibt nichts, was ich noch nicht erlebt habe“, sagt die resolute Schwerinerin. Vieles, vielleicht das meiste, versuche sie auch zu ermöglichen: Sektempfang im Durchgang des Hauptportals, wenn das Wetter verrückt spielt, Abstellflächen für allzu große Gegenstände bei einem Spalier oder einen Extra-Gottesdienst für die kleinen Hochzeitsgäste. Aber manchmal stoße sie an ihre Grenzen und an die des Schlosses. Denn einiges von dem, was sich Familie, Freunde oder Gäste der Brautleute für die Traufeier als Überraschung vorgenommen haben, passe einfach nicht in eine Kirche und in die kleine Schlosskirche schon gar nicht.

„Das Schloss“, sagt die Küsterin, „ist etwas Einzigartiges: mit einer eigenen Kirche und als Sitz des Landtages“. Der damit verbundenen Bedeutung dieses Ortes müsse Rechnung getragen werden, und was woanders vielleicht gehe, gehe hier nun einmal nicht. Sicherheitsbestimmungen für das Schloss als Landtagssitz, Nutzungsordnung des Schlosses als historische Stätte, der Standort als nicht freistehende Kirche auf einer Insel, die Größe der Kirche und nicht zuletzt die Kirche als christliche Stätte – all das müsse bedacht werden.

„Dabei sind die Brautleute überhaupt nicht das Problem“, erzählt Heidemarie Jürß. Sie würden in einem Gespräch über die Besonderheiten aufgeklärt und zeigten Verständnis. Wenn die Brautleute nicht sowieso aus der Gemeinde kämen, hätten entweder die Braut oder der Bräutigam eine Beziehung zur Schlosskirche oder zu Schwerin und würden demnach die Begebenheiten kennen. Hupkonzerte, sportliche Betätigungen oder Dschungelatmosphäre kämen ihnen meistens nicht in den Sinn. Beim Stichwort Dschungel erinnert sich Heidemarie Jürß an eine „besondere“ Braut-Schwiegermutter. Nicht nur, dass diese kurz vor der Trauung den erwähnten 1,80 Meter hohen Myrtenbaum in der Kirche platzieren lassen wollte. „Sie nahm auch eine Vase vom Altar und stellte eine eigens mitgebrachte dort ab“, sagt Heidemarie Jürß. Bei der anschließenden Auseinandersetzung empfahlen die Sicherheitskräfte der Küsterin, doch vom Hausrecht

Gebrauch zu machen. Sie tat es nicht, und die Trauung fand mit Schwiegermutter und ohne mitgebrachter Vase und Myrtenbaum statt.

„Das Positive, die schönen Momente aber überwiegen“, betont Heidemarie Jürß und zeigt einige der vielen Danksagungskarten, die sie regelmäßig von den Brautpaaren zugeschickt bekommt. „Die Hochzeit ist eben einer der schönsten Tage im Leben.“ Und das Schloss und die Schlosskirche sind sicherlich einer der schönsten Orte, um diesen Tag zu begehen – auch wenn die Braut zu spät kommt, die Oma in Ohnmacht fällt oder 50 Biker die Schlossbrücke blockieren.



Foto: Landtag M-V

Küsterin Heidemarie Jürß bekommt viele Dankeskarten „ihrer“ Brautpaare.

Heiraten im Schloss

Trauungen in der Schlosskirche

Anmeldung über das Gemeindebüro. Evangel.-Luth. Schlosskirchen-gemeinde, Platz der Jugend 25 19053 Schwerin
Tel. 0385 – 56 25 67
schwerin-schlosskirche@elkm.de
www.schlosskircheschwerin.de

Eheschließungen in der Historischen Bibliothek des Schlossmuseums

Landeshauptstadt Schwerin - Standesamt, Am Packhof 2-6 19053 Schwerin
Tel.: 0385 – 545-1697
mfischer@schwerin.de
www.schwerin.de

Foto: Cornelius Kettler



Dr. Mirko Lunau zeigt, dass seine Bienen schon wieder fleißig Honig produzieren.



Foto: Cornelius Kettler

Nach dem Start mit einem Bienenvolk vor einem Jahr hat Imker Mirko Lunau vier weitere Bienenstöcke auf dem Dach des Schlosses aufgestellt.

Erfolgsgeschichte

Jetzt fünf Bienenvölker auf dem Schlosdach

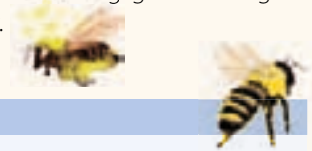
■ Der Landtag expandiert im Honigbusiness! Jetzt gibt es statt einem fünf Bienenvölker auf dem Schlosdach! Es geht dabei aber natürlich nicht nur um den süßen Honig – 100 kg sollen es in diesem Jahr schätzungsweise werden – sondern vor allem um die Aufmerksamkeit für die unverzichtbare Rolle der Bienen in der Natur.

„Ich kenne keinen besseren Standort“, schwärmt Schloss-Imker Mirko Lunau bei seiner Bienen-Inventur auf dem Dach des Schweriner Schlosses. Das Bienenvolk, das er dort vor einem Jahr stationiert hat, ist gut durch den Winter gekommen und hat längst wieder mit

dem Sammeln von Nektar begonnen. „Das Volk hat seit gestern knapp vier Kilo geholt“, freut sich Lunau. „Das beweist, dass es den Bienen richtig gut geht.“ Mit dieser Leistung werden die nützlichen Insekten ihrem Ruf als fleißig mehr als gerecht. Immerhin fliegt eine Trachtbiene pro Tag 2000 bis 4000 Blüten an, sammelt in jeder rund 50 mg Pollen und bringt die Ausbeute nach Hause. „Bei drei bis vier Kilo am Tag sind das viele Millionen Blüten, die angefliegen werden“, erklärt Lunau. „Beeindruckend!“ Auch Landtagsdirektor Armin Tebben freut sich über den Erfolg des Projektes. „Es war eine bewusste Entscheidung, an so einen prominenten Standort zu gehen“, betont er. „Wir wollen zeigen, wie wichtig gesunde Bienenvölker für die Natur und letztlich für uns Menschen sind.“

Der Ertrag des ersten Jahres übertraf alle Erwartungen: Gut 170 Kilo Honig hätten die Schlossbienen produziert – ein Vielfaches mehr als Bienenvölker im ländlichen Bereich. Das meiste be-

nötigen die Bienen selbst, sagt Lunau. Aber rund 35 kg konnte er ernten – und der Landtag das erste Mal Schweriner Schlosshonig verschenken. Im Übrigen überzeugt nicht nur die Quantität – auch die Qualität kann sich sehen lassen. Die Pollenanalyse überraschte sogar den Fachmann: 31 verschiedene Pflanzenarten hatten die Schlossbienen im Umkreis von drei bis fünf Kilometern angefliegen! „Es war nichts Spektakuläres dabei“, sagt Lunau, der seit 2016 Stadtbienen im Freilichtmuseum Mueß betreut. Aber die Vielfalt sei bemerkenswert. Im Gegensatz zum Nahrungsangebot auf dem Land, wo die Bienen nach dem Ende der Rapsblüte kaum noch Nahrung fänden. Auf dieses Problem aufmerksam zu machen, sei das eigentliche Anliegen des Stadtkerns. Grund genug, auch das Schlossbienen-Projekt auszuweiten. Vier weitere Bienenstöcke hat Lunau auf dem Schloss aufgestellt. Die Erfolgsgeschichte geht also weiter.



Bienen-Gewinnspiel

Auf dem Dach des Schweriner Schlosses fühlen sich mehr als 200.000 Bienen so richtig wohl. Normalerweise schwärmen sie in die Parks und Gärten der Landeshauptstadt und des Umlandes aus, um bis zum Herbst reichlich Nektar zu sammeln. Einige haben sich aber auch in dieses Heft verirrt.



Wir wollen von Ihnen wissen:

Wie viele Bienen haben Sie bei der Lektüre entdeckt?

Schicken Sie Ihr Ergebnis an:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Landtagsnachrichten
Lennéstraße 1
19053 Schwerin
oder per Mail:
oeffentlichkeitsarbei@landtag-mv.de

Einsendeschluss ist der 31. Juli 2018.

Vergessen Sie Namen und Anschrift nicht. Die Adressen werden nur für das Gewinnspiel genutzt, nicht weitergege-

ben, nicht gespeichert und nach Ende der Aktion gelöscht. Die Gewinner werden ausgelost und schriftlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Wir verlosen als Hauptgewinn eine Einladung in das Schweriner Schloss für zwei Personen mit Exklusivführung vom Keller bis zum Dach und Essen à la carte im Schlosscafé sowie weitere attraktive Preise.

Illustration: Uwe Sinnecker



Am 17. Juni zu erleben: Das Schweriner Schloss als Sitz des Landesparlamentes!

Foto: Angelika Lindenbeck

Tag der offenen Tür

IM SCHLOSS

Landtagsbereiche

Weißer Marmortreppe, 1. bis 4. Stock
Besichtigen Sie den neuen Plenarsaal, das Ältestenratszimmer, das Büro der Landtagspräsidentin, die Landtagsbibliothek sowie Büros und Beratungsräume der Abgeordneten.

Fraktionen

Rote oder Weiße Marmortreppe, 1. bis 4. Stock
Die im Landtag vertretenen Parteien öffnen ihre Fraktionsbereiche für Besucherinnen und Besucher und halten ein buntes Informations- und Unterhaltungsangebot für Groß und Klein bereit.
DIE LINKE finden Sie im Erdgeschoss (Pferdestall).

Der neue Plenarsaal

Rote Marmortreppe, 3. Stock
Wo der Schlossbrand 1913 den Goldenen Saal vernichtete, entstand der neue, moderne Sitzungssaal des Parlaments.

Schaudebatte

Schweriner Schüler debattieren mit Abgeordneten das Thema „Soll der ÖPNV in Mecklenburg-Vorpommern kostenlos sein?“

NDR-Studio

Rote Marmortreppe, 1. Stock
Die Redakteure von NDR 1 Radio MV und dem Nordmagazin erklären, wie die Berichte aus dem Landtag entstehen und gesendet werden.

Raum der Landespresserkonferenz

Rote Marmortreppe, 3. Stock
Journalisten informieren über ihre Arbeit als Politik-Berichterstatler.



Vor einem Jahr noch Baustelle - jetzt der neue Plenarsaal des Landtages

Foto: Landtag M-V

Besuch bei Niklot/ Goldene Kuppel

Weißer Marmortreppe, 4. Stock
Hier kann man nicht nur Slawenfürst Niklot auf seinem weißen Pferd bewundern, sondern hat auch einen schönen Blick auf Schlossbrücke, Alten Garten mit der Open-Air-Kulisse für die „Tosca“ und die Schweriner Altstadt. Wer noch höher hinaus will, kann sich hier auch für Führungen in die goldene Kuppel anmelden.

Ausstellungen

Lobby Besuchergalerien (neues Treppenhaus 4. OG)
„Der 17. Juni 1953 in Mecklenburg-Vorpommern“
Landtagsbibliothek
Weißer Marmortreppe, 1. Stock
„UNESCO-Welterbe in M-V“

Schlossmuseum **EINTRITT FREI**

Rote Marmortreppe, 2. und 3. Stock
Die Wohn- und Festräume des Großherzogs mit Thronsaal und Ahnengalerie, dem früheren Waffensaal Hofdornitz, der Silberkammer und der Porzellan-Ausstellung in den ehemaligen Kinderzimmern **geöffnet ab 11.00 Uhr**

Für **Musik und Unterhaltung** sorgen NDR, Ostseewelle HIT-RADIO, Antenne MV und die Bigband der Kreismusikschule Nordwestmecklenburg.

SCHLOSS-INNENHOF

Auf der Dracula-Bühne präsentieren Landtag und NDR ein buntes Informations- und Unterhaltungsprogramm.

Schlosskirche

Zur Besichtigung geöffnet. Mitglieder der Schlosskirchen-Gemeinde stehen für Fragen und Informationen zur Verfügung.

Der Sonntags-Gottesdienst findet bereits um 9 Uhr statt.

Landtags-Bistro

Zugang über den Innenhof und vom Museumsportal
Montags bis freitags gibt es hier leckeres und gesundes Mittagessen für die Abgeordneten und Landtagsmitarbeiter. Am „Tag der offenen Tür“ offen für Besucherinnen und Besucher.

LENNÉSTRASSE

Auf der Vielfaltsmeile des Bündnisses „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ präsentieren sich Vereine und Verbände der Zivilgesellschaft und werben für Demokratie und Toleranz.

10 - 17 Uhr

(letzter Einlass 16,30 Uhr)

Präsentation der Fachausschüsse

Raum	10.00 bis 12.00 Uhr	12:30 - 14:30 Uhr	15:00 - 17:00 Uhr
260	Innen- und Europaausschuss	Wirtschaftsausschuss	Sozialausschuss
357	Rechtsausschuss	Energieausschuss	Agrarausschuss
480	Bildungsausschuss	Finanzausschuss	
360	ganztäglich	Petitionsausschuss	

TAG DER OFFENEN TÜR

im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Sonntag, 17. Juni 2018

www.landtag-mv.de



Fotos: Jörn Lehmann, Jens Büttner, Uwe Sinnecker



BLICKEN SIE HINTER DIE KULISSEN IM SCHÖNSTEN LANDTAG DEUTSCHLANDS!

Die Arbeit des Landesparlaments besser kennenlernen +++ den neuen Plenarsaal besichtigen +++
die Fraktionen und die Fachausschüsse besuchen +++ mit Abgeordneten diskutieren +++
den Bürgerbeauftragten und den Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit treffen +++
das NDR-Studio im Schloss besuchen +++ Freier Eintritt im Schlossmuseum +++
die Schlosskirche besichtigen +++ Für Unterhaltung und das leibliche Wohl ist gesorgt.

Bereits am Sonnabend lädt der Verein der Freunde des Schweriner Schlosses e. V. beim Historischen Schlossfest zur Zeitreise in das 19. Jahrhundert ein, als das Schloss noch Sitz der mecklenburgischen Großherzöge war.





Am 2. Mai war der Botschafter des Staates Georgien, S.E. Dr. rer. pol. Elguja Khokrishvili, im Landtag zu Gast. Im Gespräch mit Vizepräsidentin Beate Schlupp ging es zunächst um das Schweriner Filmkunstfest, bei dem diesmal Georgien das Partnerland war. Der Botschafter informierte im Anschluss über die aktuelle politische Situation in seinem Land und verwies auf die langjährige enge Bindung an die Europäische Union. Gleichwohl begreife sich Georgien aufgrund seiner geografischen Lage als Korridor zwischen Europa und Asien und verfolge das Ziel, sich als Handels- und Umschlagsplatz zu etablieren.

Am 24. Mai besuchte der Botschafter der Republik Portugal, S.E. Herr João Mira Gomes, den Landtag. Beim Treffen mit Vizepräsidentin Beate Schlupp und Landtagsdirektor Armin Tebben erklärte der Botschafter, dass es bislang keine intensiven Beziehungen zwischen M-V und Portugal gebe, da die in Deutschland lebenden Portugiesen vor allem in Hamburg und NRW wohnten. Er zeigte sich interessiert am Aufbau von Beziehungen zu den Werften und Schiffsbaustandorten in M-V. Beate Schlupp erläuterte dem Diplomaten die politische Situation in M-V. Beide Seiten stimmten darüber überein, wie notwendig es sei, die Menschen in Europa (wieder) für das europäische Projekt und die Europäische Union zu gewinnen. Der Botschafter zeigte sich abschließend im Rahmen einer kurzen Führung begeistert vom Schweriner Schloss und signalisierte hinsichtlich der Welterbe-Bewerbung des Schweriner Residenzensembles seine Unterstützung.

Im Rahmen des Gästeprogramms der Bundesrepublik Deutschland zum Thema „Erneuerbare Energien“ stattete am 10. April eine Delegation aus Belgien dem Landtag M-V einen Besuch ab. Im Gespräch mit Energiepolitikern verschiedener Landtagsfraktionen und mit Vizepräsidentin Beate Schlupp standen naturgemäß energiepolitische Fragen im Fokus, wie der Ausbau von Speicher- und Netzkapazitäten, Akzeptanzprobleme beim weiteren Ausbau insbesondere von Windkraftanlagen und die mit der EEG-Novelle 2017 eingeführten Ausschreibungsverfahren. Besonders beeindruckt zeigten sich die Gäste vom neuen Plenarsaal, den Beate Schlupp im Anschluss an das Gespräch präsentierte und der Delegation dabei Informationen zu Zusammensetzung des Landtages sowie Ablauf von Landtagssitzungen vermittelte.

Vizepräsidentin Beate Schlupp begrüßte am 20. April den Botschafter der Russischen Föderation, S.E. Sergej J. Netschajew, im Schweriner Schloss. Gesprächsthemen waren aktuelle politische Fragen, in Bezug auf Mecklenburg-Vorpommern ging es dabei um Themen aus den Bereichen Wirtschaft und Landwirtschaft. Vom Sitz des Landtages zeigte sich der Botschafter bei einem Schlossrundgang mit Stippvisite im Plenarsaal begeistert. Interessiert ließ er sich den Stand der Welterbe-Bewerbung und auch die diesjährige Kooperation mit dem Mecklenburgischen Staatstheater erläutern. Auf Einladung des Botschafters nahm Beate Schlupp am 9. Mai anlässlich des 73. Jahrestages des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg an einer Kranzniederlegung am sowjetischen Ehrenmal im Berliner Tiergarten und an einem anschließenden Empfang in der russischen Botschaft teil.

